

Stadt Zofingen

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**Amtsperiode 2006/09**

### **6. Sitzung**

**Montag, 26. November 2007**

**17.30 – 21.13 Uhr im Stadtsaal**

#### **Vorsitz**

Bruno Hostettler, Ratspräsident

#### **Protokollführer**

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### **Anwesend**

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- Werner Oppliger, Bauverwalter-Stv.

#### **Entschuldigungen**

- Heinz Lehmann, Einwohnerrat

<b><u>Traktanden</u></b>	<b><u>Seite</u></b>
<b>1. Mitteilungen</b>	206
<b>2. Wahlen / Ersatzwahlen</b>	
GK 114 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2008/09	206
GK 115 Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2008/09	207
GK 116 Wahl von zwei Stimmezählern/Stimmezählerinnen für das Büro des Einwohnerrates für die Jahre 2008/09	209
GK 117 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/09 (Ersatz für Rolf Moor, FDP, und Peter Wullschleger, SP)	210
GK 118 Ersatzwahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/09 (Ersatz für Rolf Moor, FDP)	----
<b>3. Einbürgerungen</b>	
GK 119 Dimmler geb. Heynen Ursula, 1940, deutsche Staatsangehörige, Weissensteinstrasse 14	208
GK 120 Kaner Hasan, 1960, mit den Töchtern Rosa, 1996, und Rojda, 2001, türkische Staatsangehörige, Kornweg 13	208
GK 121 Nuredini Emir, 1980, mit Ehefrau Nuredini geb. Memeti Hirmete, 1977, und den Söhnen Gentijan, 2000, und Liridon, 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kilchbergstrasse 23	209
GK 122 Orhan geb. Karaboga Hadice, 1968, mit Ehemann Orhan Hüseyin, 1969, türkische Staatsangehörige, Fliederstrasse 15	209
GK 123 Smajlović geb. Dedić Namka, 1966, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Kanalweg 12	209
<b>4. Reglemente</b>	
GK 124 Teilrevision des Dienst- und Besoldungsreglements	212
<b>5. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 100 Motion der SVP-Fraktion vom 18. Juni 2007 betr. Parkieren in der Zofinger Altstadt: Erste halbe Stunde kostenlos (Begründung und Beantwortung)	216
GK 111 Motion der SP-Fraktion vom 27. August 2007 betr. Umzonung der Parzelle 105 (Finkenhalde) (Begründung und Beantwortung)	217
GK 112 Motion der Dynamischen Mitte vom 17. September 2007 betr. Verkehrskonzept Trinerplatten (Begründung und Beantwortung)	219
<b>6. Information aktueller Stand Trottenweiher</b>	221
<b>7. Spezialkommission Trottenweiher</b>	
GK 127 Antrag des Büros des Einwohnerrates betr. Einsetzung einer einwohnerrechtlichen Spezialkommission zur Klärung der Gründe für die massive Kostenüberschreitung bei der Sanierung des Trottenweiher	223
<b>8. Umfrage</b>	226
<b>9. Verabschiedungen und Ehrungen</b>	229

## Begrüssung

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur sechsten Sitzung im Jahr 2007.

## Mitteilungen

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 17. September 2007 keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt.

## Ergebnisse der kommunalen Volksabstimmungen vom 25. November 2007

Stimmberechtigte	7'574
Stimmbeteiligung	39,1 %

## Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2008

Ja	1'778
Nein	1'172

## Projektgenehmigung und Kreditbewilligung für die Sanierungs- und Neubauarbeiten im Sportzentrum Trinermatten

Ja	2'127
Nein	785

Der Präsident und der Aktuar des Wahlbüros haben folgendes festgestellt: Für die austretenden Mitglieder des Einwohnerrates werden Frau Claudia Hauri, Herr Marcel Murri, Herr Benno Riss, Frau Liz Ruch und Herr Markus Schär, mit Wirkung ab 1. Januar 2008 als gewählt erklärt. Die neuen Mitglieder werden an der ersten Einwohnerratssitzung im Jahr 2008 in Pflicht genommen.

## Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion der Dynamischen Mitte betr. Zentrums-parking
- Interpellation der Dynamischen Mitte betr. Unterführung Strengelbacherstrasse
- Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Haben Hallensportarten in Zofingen eine Zukunft?“

## Wahlen / Ersatzwahlen

Herr Arthur Senn, Stadtschreiber, hat vorgängig ein kleines Wahlbüro bestehend aus Elisabeth Gisler, SP-Fraktion, Marc Plüss, SVP-Fraktion, Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv. und Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste, organisiert.

Art. 76

## GK 114

### Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2008/09

Für Hr. Hans Rudolf Schlatter ist es eine Ehre, im Namen der Dynamischen Mitte Frau Käthi Hagmann zur Wahl als Präsidentin des Einwohnerrates nominieren zu dürfen. Käthi Hagmann ist Sinnbild der Fraktion der Dynamischen Mitte. Sie ist jung, dynamisch und bereit, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Das hat sie in ihrer politischen Laufbahn immer wieder

gezeigt, aber auch in ihrer freiwilligen Arbeit. Sei es früher in der Kinderspielgruppe oder in der Kinderkrippe Domino oder aktuell in der katholischen Kirchenpflege von Zofingen. Käthi Hagmann ist verheiratet mit Rudolf Hagmann, zusammen haben sie zwei Kinder. Sie arbeitet Teilzeit im Hotel Engel und ist seit vier Jahren im Einwohnerrat dabei. Die Dynamische Mitte ist überzeugt, dass mit Käthi Hagmann eine gute und fähige Kandidatin für das Präsidentinnenamt zur Wahl steht. Hans Rudolf Schlatter dankt allen herzlich für die Unterstützung.

Es werden keine weiteren Nominationen eingereicht, das Wort wird nicht verlangt.

**Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates**

Zahl der Anwesenden

40
----

Eingelangte Stimmzettel

39
----

abzüglich leere Stimmzettel

38
----

abzüglich ungültige Stimmzettel

0	
---	--

**In Betracht fallende Stimmzettel**

38
----

Absolutes Mehr

19
----

**Stimmen haben erhalten:**

Käthi Hagmann (DYM), bisher Vizepräsidentin

gewählt

33
----

Vereinzelte

5
---

Fr. Käthi Hagmann erklärt Annahme der Wahl.

Herr Bruno Hostettler, bisheriger Einwohnerratspräsident, überreicht Frau Käthi Hagmann einen Blumenstrauss und übergibt das Wort der neu gewählten Präsidentin.

Fr. Käthi Hagmann bedankt sich für die ehrenvolle Wahl. Die Wahl ehrt nicht nur sie, sondern auch die CVP Zofingen. Ist es doch erst das zweite Mal überhaupt, dass jemand aus der CVP dem Einwohnerrat vorstehen darf. Wenn alles, was zurzeit aufgegleist ist und dem Einwohnerrat von den Zofinger Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am gestrigen Sonntag indirekt in Auftrag gegeben wurde, an die Hand genommen werden will, stehen dem Rat zwei äusserst intensive und interessante Jahre bevor. Sie freut sich sehr auf diese Aufgabe und sieht es als Herausforderung. In diesem Sinne erklärt sie nochmals offiziell Annahme der Wahl und dankt für das Vertrauen.

Art. 77

**GK 115**

**Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2008/09**

Fr. Patricia Misteli empfiehlt im Namen der FDP Rolf Moor als Vizepräsident des Einwohnerrates. Er hat Erfahrung, dreizehn Jahre als Einwohnerrat, zehn Jahre als Mitglied der GPK, davon vier als Präsident und zwei Jahre als Präsident der FGPK. Rolf Moor ist eine Integrationsfigur, er hat sein hervorragendes Wahlergebnis vor zwei Jahren als FGPK-Präsident mit einem grossen Einsatz in diesem Amt verdankt. Wenn der Einwohnerrat Rolf Moor das Vertrauen schenkt, wählt er einen erfahrenen Sachpolitiker, der sich auch mal in den Gegenwind stellt und dabei nicht so schnell ins Schlingern gerät. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem Einwohnerrat Rolf Moor als Vizepräsident.

Es werden keine weiteren Nominationen eingereicht, das Wort wird nicht verlangt.

**Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates**

Zahl der Anwesenden

40
----

Eingelangte Stimmzettel

39
----

abzüglich leere Stimmzettel

39
----

abzüglich ungültige Stimmzettel

3	
---	--

**In Betracht fallende Stimmzettel**

35
----

Absolutes Mehr

18
----

**Stimmen haben erhalten:**

Rolf Moor (FDP), neu  
Vereinzelte

gewählt

32
3

Der Vorsitzende gratuliert Rolf Moor zu seiner Wahl und freut sich, dass mit ihm eine gradlinige und überaus einsatzbereite Persönlichkeit dieses Amt übernimmt.

Hr. Rolf Moor erklärt Annahme der Wahl.

Bis das Resultat der Wahl des Vizepräsidenten bekannt gegeben wurde, hat sich der Einwohnerrat mit dem Traktandum Einbürgerungen befasst.

Art. 78

**Einbürgerungen****GK 119**

**Dimmler geb. Heynen Ursula, 1940, deutsche Staatsangehörige, Weissensteinstrasse 14**

**GK 120**

**Kaner Hasan, 1960, mit den Töchtern Rosa, 1996, und Rojda, 2001, türkische Staatsangehörige, Kornweg 13**

**GK 121**

**Nuredini Emir, 1980, mit Ehefrau Nuredini geb. Memeti Hirmete, 1977, und den Söhnen Gentijan, 2000, und Liridon, 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kilchbergstrasse 23**

**GK 122**

**Orhan geb. Karaboga Hadice, 1968, mit Ehemann Orhan Hüseyin, 1969, türkische Staatsangehörige, Fliederstrasse 15**

**GK 123**

**Smajlović geb. Dedić Namka, 1966, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Kanalweg 12**

Hr. Christoph Dombrowsky, Referent der FGPK und Mitglied der Einbürgerungskommission, erklärt, dass die Einbürgerungskommission allen Gesuchen einstimmig zugestimmt hat. Die FGPK ist diesem Entscheid grossmehrheitlich gefolgt und empfiehlt alle Gesuche zur Annahme.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, informiert, dass auch vom Stadtrat aus keine Einwände gegen die Einbürgerungen bestehen. Er weist auf einen Fehler auf der Traktandenliste hin. Frau Dimmler (GK 119) heisst mit ledigem Namen Heynen und nicht Erler. Im eigentlichen Antrag ist es richtig aufgeführt.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt der Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

**GK 119**

*Dimmler geb. Heynen Ursula, 1940, deutsche Staatsangehörige, Weissensteinstrasse 14*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

**GK 120**

*Kaner Hasan, 1960, mit den Töchtern Rosa, 1996, und Rojda, 2001, türkische Staatsangehörige, Kornweg 13*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 29:0 Stimmen zugestimmt.

## GK 121

Nuredini Emir, 1980, mit Ehefrau Nuredini geb. Memeti Hirmete, 1977, und den Söhnen Gentsjan, 2000, und Liridon, 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kilchbergstrasse 23

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:7 Stimmen zugestimmt.

## GK 122

Orhan geb. Karaboga Hadice, 1968, mit Ehemann Orhan Hüseyin, 1969, türkische Staatsangehörige, Fliederstrasse 15

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

## GK 123

Smajlović geb. Dedić Namka, 1966, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Kanalweg 12

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

Der Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellern ganz herzlich zu ihrem Resultat, heisst sie im Gemeindebürgerrecht von Zofingen herzlich willkommen und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft.

Art. 79**GK 116**

**Wahl von zwei Stimmzählern/Stimmzählerinnen für das Büro des Einwohnerrates für die Jahre 2008/09**

Hr. Hansruedi Hauri teilt mit, dass die SVP-Fraktion wiederum Markus Gfeller nominiert hat und sie auf die Unterstützung des Einwohnerrates hofft.

Hr. Hans-Martin Plüss möchte dem Einwohnerrat Rahela Syed als Stimmzählerin und Vertreterin der SP im Ratsbüro ans Herz legen. Sie ist überaus geeignet für dieses Amt. Aus ihrer sportlichen Tätigkeit weiss sie ganz genau, welcher Punkt zählt und welcher nicht. Sie hat während ihren sechs Jahren im Rat auch Erfahrungen gesammelt und weiss als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Departements Bildung, Kultur und Sport ganz genau, wie man in einem solchen Ratsbüro zu arbeiten hat. Sie kommt vom Mühlethal oben herab und ist sich gewohnt, die Sachen, die in der Stadt zu und her gehen, von oben zu begutachten und im Griff zu halten. Es wird ihr bestimmt wohl sein oben auf der Bühne.

Es werden keine weiteren Nominationen eingereicht, das Wort wird nicht verlangt.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für knapp zehn Minuten, bis die Stimmen ausgezählt sind.

**Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates**

Zahl der Anwesenden

<b>40</b>
-----------

Eingelangte Stimmzettel

39
----

abzüglich leere Stimmzettel

39
----

abzüglich ungültige Stimmzettel

0	
0	0

**In Betracht fallende Stimmzettel**

<b>39</b>
-----------

Absolutes Mehr

20
----

**Stimmen haben erhalten:**

Rahela Syed (SP), neu

gewählt

39
----

Gfeller Markus (SVP), bisher

gewählt

39
----

Der Vorsitzende gratuliert den beiden Gewählten zur erfolgreichen Wahl.

Art. 80**GK 117****Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/09 (Ersatz für Rolf Moor, FDP, und Peter Wullschleger, SP)**

Fr. Patricia Misteli teilt mit, dass die FDP-Fraktion einen Ordnungsantrag stellt. Da für das traktandierete Geschäft GK 118 „Ersatzwahl eines Präsidenten oder einer Präsidentin für den Rest der laufenden Amtsperiode“ von keiner Fraktion eine Einerkandidatur eingereicht wurde, beantragt Patricia Misteli im Namen mehrerer Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte der Dynamischen Mitte, SVP und FDP, die Wahl des Präsidiums auszusetzen und auf die März-Sitzung zu verschieben.

Die Gemeindeordnung sieht das angestrebte Co-Präsidium nicht vor. Die FGPK ist die Aufsichtskommission des Stadtrates und benötigt eine klare Führung. Damit verbunden ist auch das Übernehmen von Verantwortung. Der Stadtrat, die Verwaltung und auch das Parlament haben das Anrecht, eine einzige Ansprechperson zu haben. Das Parlament und die FGPK haben in den vergangenen Jahren mehrfach Effizienz und kurze Wege gefordert. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet jetzt die FGPK die Führungsstrukturen verwässert. Die FDP respektiert die Initiative von Yolanda Senn Ammann und Christoph Dombrowsky, mit dem Vorschlag des Co-Präsidiums einen Lösungsversuch zu unternehmen. Yolanda Senn Ammann und Christoph Dombrowsky sind beide sehr gut wählbare Persönlichkeiten für dieses Präsidium. Die FDP-Fraktion bedauert es ausserordentlich, dass sich nicht einer von beiden dazu entschliessen konnte, sich als Einzelperson der Wahl zu stellen. Das Parlament muss in der Lage sein, aus vierzig Personen einen Präsidenten zu finden. Mit der Aussetzung dieser Wahl besteht die Chance bis zur März-Sitzung, dem Rat eine Einerkandidatur zu unterbreiten sowie die Aufgabenverteilung und Entschädigung des Präsidiums zu überprüfen und auf sichere Füsse zu stellen. Das Ratspräsidium sowie die Präsidenten der Fraktionen sind gefordert, entsprechende Gespräche zu führen. Patricia Misteli bittet den Einwohnerrat, der Aussetzung dieser Wahl zuzustimmen.

Hr. Hans-Martin Plüss hält fest, dass es wirklich schwierig ist, jemanden zu finden, der dazu bereit ist, das Präsidentenamt der FGPK im Alleingang auszuüben. In der letzten Woche wurde verschiedentlich hin und her telefoniert. In seiner ganzen Karriere als Einwohnerrat hat er während einer Woche noch nie so viele Mails zum gleichen Thema auf einmal erhalten. Der Grund ist klar, Rolf Moor hat als Amtsinhaber in den letzten zwei Jahren die Latte sehr hoch angesetzt, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Es steht ein sehr grosses Arbeitspensum zur Diskussion, das bestimmt in keinem Verhältnis zur Entschädigung steht, die man dafür erhält. Dieses Amtes wegen könnte man seine Arbeit um 20, 30 oder 40 % reduzieren.

Die SP-Fraktion hat sich umgeschaut, ob es nicht doch eine Lösung gibt. Zumindest als Übergangslösung für die zweite Hälfte dieser Legislatur. Sie war auch ein wenig überrascht, dass Rolf Moor das Amt nicht die ganzen vier Jahre ausführt. Die Übergangslösung wurde in der Person von Yolanda Senn Ammann und Christoph Dombrowsky gefunden. Ein Pärchen, das sich sehr gut ergänzt. Mit diesen beiden hat man sowohl den Batzen als auch das Weggli. Hans-Martin Plüss verzichtet darauf, die Persönlichkeiten im Detail vorzustellen und kommt auf die Frage der Verschiebung zurück.

Klar ist, dass ein solches Pensum kaum von einer einzigen Person geleistet werden kann. Hans-Martin Plüss ist überzeugt, dass, auch wenn sich der Einwohnerrat nochmals drei oder vier Monate Zeit lässt, niemand gefunden werden kann, der das Amt unter den heute geltenden Prämissen alleine übernimmt. Es geht auch darum, die Situation zu analysieren und Lösungen zu finden. Zum Beispiel, indem man das Arbeitspensum durch vermehrte Unterstützung der Verwaltung auf ein vernünftiges Mass zurückschrauben oder die entsprechende Entschädigung hinaufsetzen kann. Er empfiehlt denjenigen, die daran arbeiten, den Experten aus eigener Reihe, Herrn Herbert Scholl, zu konsultieren. Herbert Scholl kann ganz genau erklären, wie ein solches Amt in den Fingern behalten und kontrolliert werden kann, so dass es zu bewältigen ist.

Patricia Misteli hat vorhin von der Rechtmässigkeit gesprochen. Hans-Martin Plüss hat beim zuständigen Sachbearbeiter des Kantons nachgefragt. Der Einwohnerrat muss sich im Klaren sein, dass ein Co-Präsidium nicht verboten ist. Es ist nicht ausdrücklich erwähnt, aber auch nicht ausdrücklich verboten. Und es steht dem nichts entgegen, dass mangels Einerkandidatur einem Co-Präsidium zugestimmt wird. Zumindest, wenn dies auch klar als Übergangsregelung bis zum Ende der Legislatur festgelegt wird.

Das Verschieben bringt nach Meinung von Hans-Martin Plüss absolut nichts. Er ist überzeugt, dass der Einwohnerrat in drei Monaten wieder genauso dasteht und niemanden gefunden hat. Der Rat muss in dieser Zeit auch die Umstrukturierung der Kommissionsarbeit fertig bringen. Dass er dies bis in zwei oder drei Monaten schafft, sieht Hans-Martin Plüss auch nicht. Vor allem, wenn die Kommission in der Führung noch eine Vakanz hat, die Rechnungsprüfung bald auf den Einwohnerrat zukommt und heute noch schlimmere Traktanden zu hören sein werden, die auch entsprechend einen Prüfaufwand nach sich ziehen werden. Was der Rat jetzt hingegen bewirkt, wenn er das Co-Präsidium mit diesen beiden ablehnt, ist, dass wieder zwei gute Politikerinnen und Politiker aus dem Einwohnerrat demotiviert werden. Wer weiss, ob sie in zwei oder drei Monaten nochmals zur Verfügung stehen. Vielleicht macht der Einwohnerrat dann noch grössere Augen und reisst die Mäuler noch weiter auf. Deshalb bittet Hans-Martin Plüss die Ratsmitglieder, dem Verschiebungsantrag keine Folge zu leisten und der Kandidatur zuzustimmen.

Fr. Käthi Hagmann unterstützt den Antrag von Patricia Misteli, die Wahl des FGPK-Präsidenten auszusetzen, aus den bereits genannten Gründen. Sie teilt die Überzeugung von Hans-Martin Plüss nicht, dass niemand gefunden werden kann. Dies muss möglich sein in einem Rat von vierzig Mitgliedern. Sie denkt auch nicht, dass sich dieses wichtige Amt für eine Übergangslösung eignet, hier muss eine definitive Lösung vorliegen. Falls dieser Antrag durchkommt, würde Käthi Hagmann es als eine ihrer ersten Aufgaben als Präsidentin ansehen, zusammen mit dem Ratsbüro und den Fraktionspräsidenten eine Sitzung einzuberufen. Dies spätestens anfangs Januar und mit folgendem Ziel:

1. Die Suche nach einem geeigneten Kandidaten/einer geeigneten Kandidatin für dieses Amt
2. Die Frage der Entschädigung für dieses Amt neu diskutieren
3. Vorschläge machen für die Verminderung der Arbeitslast des Präsidenten und der Kommission

Käthi Hagmann bittet im Vorfeld sämtliche Fraktionen, bereits jetzt konstruktiv mitzuarbeiten. Es soll kein politisches Hickhack werden, und es soll auch keine Prestige-Angelegenheit daraus gemacht werden. Es geht darum, eine Mehrheit zu finden für eine pragmatische Lösung und die Glaubwürdigkeit des Rates zu erhalten. Nämlich zu zeigen, dass er in der Lage ist, ein Problem, das ihn selber betrifft, in Ordnung zu lösen.

Hr. Hansruedi Hauri hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag von Patricia Misteli unterstützen wird. Anscheinend muss ein Problem im Zusammenhang mit der Ausübung dieses Amtes vorliegen. Vor einigen Jahren hat man sich noch darum gestritten, und jetzt will es plötzlich niemand mehr übernehmen. Diese Probleme müssen zuerst gelöst werden. Deshalb ist die SVP für eine Verschiebung dieser Wahl.

Hr. Christoph Dombrowsky spricht für Yolanda Senn Ammann und sich selber. Sie sind dagegen, dass der Einwohnerrat diese Entscheidung verschiebt und sind der Meinung, dass die Fraktionen genug Zeit hatten, eine Lösung zu finden. Jetzt, wo man eine pfannenfertige Alternative auf dem Tisch hätte, will man nochmals zusätzliche Bedenkzeit. Sie sind überzeugt von der Idee Co-Präsidium und der vorgeschlagenen Besetzung. Für sie ist jetzt deshalb der richtige Zeitpunkt um zu entscheiden. Dies liegt aber schlussendlich in der Verantwortung des Rates, und da es ihre Person direkt betrifft, werden sie sich ihrer Stimme enthalten.



Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende erklärt, dass bei einer Annahme dieses Ordnungsantrags davon ausgegangen wird, dass gemäss Wortlaut die Wahl eines Präsidiums der FGPK, sei es einzeln oder als Co-Präsidium, ausgesetzt und auf den Monat März verschoben wird. Anschliessend lässt er über den Ordnungsantrag abstimmen.

Dem Ordnungsantrag wird mit 23:12 Stimmen zugestimmt.

Hr. Hans-Martin Plüss schlägt dem Einwohnerrat Marcel Thüler als Mitglied der FGPK vor. Er hat sich innert kürzester Zeit in den Ratsbetrieb eingearbeitet und hat prima Fuss gefasst. Herr Thüler kann mit allen Sorten Menschen perfekt umgehen. Dies hat er bestimmt bei den Pfadfindern gelernt, bei welchen er Gruppenleiter war. Was die oberste Schicht der Gesellschaft anbelangt – diese hat er im Chateau Mosimann kennen gelernt. Er hat sich aber auch kundig gemacht mit dem Umgang von unteren Schichten. Marcel Thüler arbeitet jetzt als Asylbetreuer. Er kennt sich auch in der Stadt und auf der Verwaltung hervorragend aus. Als Chef Lage oder Nachrichtendienst des Regionalen Führungsorgans weiss er genau, wo der Schuh drückt und wo das Wasser zur Wigger herausläuft.

Fr. Patricia Misteli empfiehlt im Namen der FDP Thomas Valko als Ersatz für Rolf Moor. Er ist ein Mann aus der Wirtschaft, in leitender Position bei der Firma Jaguar in Safenwil. Seit zwei Jahren ist er ein sehr wertvolles und konstruktives Mitglied in der Fraktion. Thomas Valko hat sich auch bereits jahrelang in der Kirchenpflege der reformierten Kirche engagiert. Man ist überzeugt, dass die FGPK ein sehr gutes neues Mitglied bekommt.

Es werden keine weiteren Nominierungen eingereicht, das Wort wird nicht verlangt.

#### Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates

Zahl der Anwesenden

40
----

Eingelangte Stimmzettel

39
----

abzüglich leere Stimmzettel

38
----

abzüglich ungültige Stimmzettel

0
---

0
---

#### In Betracht fallende Stimmzettel

38
----

Absolutes Mehr

18
----

#### Stimmen haben erhalten:

Valko Thomas (FDP), neu

gewählt

37
----

Thüler Marcel (SP), neu

gewählt

34
----

Der Vorsitzende gratuliert den beiden Gewählten zu ihrer ehrenvollen Wahl.

Bis das Resultat der Wahl von zwei Ersatzmitgliedern der FGPK bekannt gegeben wurde, hat sich der Einwohnerrat mit den Traktanden Teilrevision des Dienst- und Besoldungsreglements, der Motion der SVP-Fraktion betr. Parkieren in der Zofinger Altstadt: Erste halbe Stunde kostenlos und der Motion der SP-Fraktion betr. Umzonung der Parzelle 105 (Finkenhalde) befasst.

Art. 81

#### GK 124

#### Teilrevision des Dienst- und Besoldungsreglements

Hr. Philipp Hangartner, Referent der FGPK, hält fest, dass sich die FGPK intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt hat und dieser zum Schluss einstimmig gefolgt ist.

Sowohl im alten wie auch im neuen Reglement wird das Personal bei der Wahl der Pensionskasse angehört. Bisher hat der Einwohnerrat bestimmt, neu soll der Stadtrat bestimmen. In der FGPK wurde dieses Thema intensiv diskutiert und am Schluss wurde auch darüber abgestimmt. Fünf Mitglieder waren dafür, die Kompetenz beim Stadtrat zu lassen und vier wollten sie dem Einwohnerrat zuschieben.

Der Teuerungsausgleich wurde bisher von der Gemeinde zugesichert. Neu sei dies nicht mehr der Fall. Die Pensionskasse mache aber im Rahmen dessen, was sie mit dem Geld erwirtschaftete, ihr Möglichstes.

Bei der vorzeitigen Pensionierung hat die FGPK über einen Artikel debattiert. Der Antrag dazu folgt später.

Betreffend Höhe der Übergangsrente entstehen Kosten von 150'000 Franken. Die Buchung dieser Kosten erfolgt zu Lasten der Ausfinanzierung. Für diesen Posten von 150'000 Franken sind heute 350'000 Franken budgetiert. Es bestehen also Reserven.

Nach altem Reglement haben Mann und Frau zweimal 15'000 Franken plus 20 % davon, also 18'000 Franken, pro Jahr erhalten. Die Bezugsberechtigung war zwei Jahre, man konnte also total 36'000 Franken beziehen. Neu erhalten Mann und Frau maximal dreimal 26'000 Franken, also 78'000 Franken. Dies entspricht einer Verbesserung von 42'000 Franken.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hat nichts zu ergänzen. Der Einwohnerrat hat die Vorlage gelesen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es eine sinnvolle Abänderung ist. Wie bereits gesagt, wird der grosse Wurf zur Gesamtrevision des Dienst- und Besoldungsreglements später, im Laufe des übernächsten Jahres, erfolgen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Peter Wullschleger erklärt, dass sich die SP-Fraktion bereits an der Juni- und August-Sitzung, beide Male im Zusammenhang mit der Frage des APK-Austrittes, nach diesem Geschäft erkundigt hat. Ihre Sorge war, dass die Teuerungszulage auf der Rente wie sie gemäss § 17 Abs. 3 der geltenden Regelung geleistet wird, mit dem Wechsel der Pensionskasse untergeht. Die Frage der Teuerungszulage wurde geregelt und in die Übergangsregelung überführt. Unter § 48<sup>bis</sup> kann man lesen, dass zumindest der Besitzstand der Teuerungszulagen für die bestehenden Renterinnen und Rentner garantiert wird. Die SP-Fraktion ist sehr froh darum. Es ist ein Teil der Bevölkerung betroffen, der das Geld zum Teil braucht. Vielleicht ist es auch ein wenig der Verdienst der SP, da sie den Finger darauf hatte. Was aber eine Verschlechterung ist gegenüber der bestehenden Regelung, dessen müssen sich alle bewusst sein, ist, dass für die neuen Renten ab 2008 die Garantie der Teuerungszulage nicht mehr besteht. Der Vizepräsident der FGPK hat es angesprochen, die Reglemente der Vorsorgeeinrichtungen, welche bald anwendbar sind, halten fest, dass die Teuerung gewährleistet wird soweit dies nach Geschäftsgang möglich ist. Einzelne mögen sagen, das sei normal und üblich, es sei Marktwirtschaft. Peter Wullschleger hält aber fest, dass es eine Verschlechterung ist gegenüber der bisherigen Regelung und es für die Stadt Zofingen langfristig eine Entlastung von bis zu 250'000 Franken bietet. Das wird dann der Fall sein, wenn die Besitzstandsregelung irgendwann einmal nicht mehr gilt, weil alle heutigen Rentnerinnen und Rentner verstorben sind. Was noch speziell und vielleicht nicht allen bewusst ist, die Comunitas sichert die Teuerungszulage ab 2008 nicht zu. Allerdings macht dies die Profond-Sammelstiftung für die Städtischen Werke, beziehungsweise die Städtischen Werke springen ein. Sie haben den Rentnerinnen und Rentnern vor rund einem Monat mit einem Schreiben die Teuerung zugesichert. Aus was für Gründen auch immer.

Ein weiterer Punkt dieser Vorlage ist eine bessere Regelung für die Übergangsrente bei vorzeitiger Pensionierung. Auch darüber hat Philipp Hangartner, FGPK-Mitglied, gesprochen und erwähnt, dass es tatsächlich eine bessere Regelung ist. Der SP ist dies sehr recht.

Nicht einverstanden ist die SP in einem weiteren Punkt, der Kompetenzverteilung an den Stadtrat. Heute ist es Einwohnerratssache, und es wird ein Wechsel zum Stadtrat vorgeschlagen. Da kann sie nicht folgen. Peter Wullschleger wird in der Detailregelung darauf zurückkommen und einen entsprechenden Änderungsantrag stellen. Insgesamt steht die SP-Fraktion aber hinter diese Vorlage.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

## Pensionskasse

Hr. Peter Wullschleger weist in der synoptischen Darstellung auf § 17 in der rechten Spalte hin. Es wird vorgeschlagen, dass in Zukunft der Stadtrat bestimmen soll, welcher Personalvorsorgeeinrichtung sich die Einwohnergemeinde anschliesst. Die SP-Fraktion stellt folgenden Antrag:

*Der erste Satz des § 17 soll lauten: Der Einwohnerrat bestimmt, welcher Personalvorsorgeeinrichtung sich die Einwohnergemeinde für die berufliche Vorsorge ihrer Mitarbeitenden anschliesst.*

Für die SP ist es nicht ganz nachvollziehbar, weshalb im bald vergangenen Jahr 2007 die meisten Einwohnerräte der Auffassung waren und die Meinung geteilt haben, dass die APK-Vorlage ein wichtiges bis sehr wichtiges, wenn nicht das wichtigste Geschäft war und man jetzt den Einwohnerrat entmachten und die Kompetenz dem Stadtrat zuspielen will. Aus Erachten der SP ist die Frage, welcher Vorsorgeeinrichtung das Personal der Einwohnergemeinde angehört, ein eminenter politischer und auch strategischer Entscheid, von welchem sich der Einwohnerrat nicht entbinden darf. Natürlich hat das Personal ein Mitspracherecht, und ein Wechsel ohne Personal ist nicht möglich, so steht es jedenfalls im Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge. Über 90 % des Personals wollte wechseln, somit ist die Bedeutung des Einwohnerrates tatsächlich nicht mehr sehr gross und sein Handlungsspielraum klein. Stellt man sich aber vor, dass in fünf Jahren ein weiterer Antrag kommt, der, aus welchen Gründen auch immer, umstrittener ist und bei welchem sich das Personal sehr knapp dafür äussert; weshalb soll der Stadtrat abschliessend darüber entscheiden können, wie es weitergeht? Soll es nicht so sein, dass der Einwohnerrat wie in diesem Jahr mitreden kann?

Ein Pensionskassenwechsel hat immer eine finanzielle Implikation. Das heisst, in der Regel kostet es etwas. Dieses Jahr hat es sehr viel gekostet. Wenn es Geld oder einen Kredit benötigt, kann oder muss der Einwohnerrat mitsprechen. Je nach dem, wie viel Geld gebraucht wird, liegt es gar nicht mehr in der abschliessenden Kompetenz des Stadtrates. Also hat es keinen Wert, dass man diese Kompetenz aufteilt, besser man belässt sie beim Einwohnerrat. Er ist die richtige Stelle und hat es dieses Jahr bewiesen.

In der FGPK wurde erwähnt, Zofingen stehe mehr oder weniger alleine da mit dieser Kompetenzregelung. Schaut man aber, was in den anderen vergleichbaren Städten in den letzten Monaten vor sich ging, wie zum Beispiel in Brugg... Peter Wullschleger hat einen Fraktionsbericht der EVP Stadtpartei Brugg zu den Traktanden der Einwohnerratssitzung vom 11. Mai 2007 vor sich: Kredite unbestritten, dennoch ist eine Auseinandersetzung nötig. Dies trifft es auf den Punkt. Lenzburger Antrag vom 23. Mai 2007: Der Einwohnerrat möge die Teilrevision des Dienst- und Besoldungsreglements gemäss Ziffer 6 hiervor beschliessen. In keiner Art und Weise will sich der Einwohnerrat Lenzburg von seiner Kompetenz entledigen. Der Einwohnerrat der Stadt Baden hat am 5. September 2007 mehrere Millionen im Sinne eines Rahmenkredits beschliessen müssen. Er hat sich mit diesem Geschäft befasst. Schliesslich noch Spreitenbach: Dort hat der Gemeinderat entschieden, was richtig ist, weil Spreitenbach keinen Einwohnerrat hat. Für Zofingen muss dies nicht sein. Deshalb bittet Peter Wullschleger den Einwohnerrat, den Antrag zu unterstützen und die Kompetenz beim Einwohnerrat zu belassen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass in sehr vielen Bereichen des Geschäfts Pensionskassenwechsel die Kompetenzen ohnehin geregelt sind. In erster Linie können die Versicherten mitreden und so entscheiden, ob sie einen solchen Wechsel, falls er überhaupt ins Auge gefasst wird, vollziehen wollen oder nicht. In allen von Peter Wullschleger erwähnten Fällen ging es um dasselbe, was hier ebenfalls beschlossen wurde, eine Ausfinanzierung im Zusammenhang mit einer Besitzstandswahrung. Falls es in Zukunft wieder zu einem solchen Fall kommen würde, ist schon nur von der Summe her automatisch der Einwohnerrat gefragt. In allen anderen Fällen handelt es sich nach Meinung des Stadtrates um eine operative Tätigkeit. Wechselt man von einer Kasse zu einer anderen, gibt es operative Gründe, und der personalpolitische Aspekt wird durch die direkt Betroffenen wahrgenommen. Der Stadtrat sieht dies als effizientere Art und Weise an und möchte es bei dieser Fassung belassen.

Gemäss Hr. Philipp Hangartner ist die SVP gleicher Meinung wie der Stadtrat. In einer Firma ist diese Kompetenz meistens auch bei der Geschäftsleitung, und hier soll es auch so sein. Peter Wullschleger hat erwähnt, dass, wenn es um über 200'000 Franken geht, die Vorlage ohnehin vor den Einwohnerrat kommt. Aber nur, wenn es auch 200'000 Franken kostet. Was er aber nicht gesagt hat ist, dass ein nächster Wechsel von bis zu 200'000 Franken ebenfalls gebracht werden könnte.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag und den Abänderungsantrag der SP-Fraktion abstimmen:

*Der Stadtrat bestimmt, welcher Personalvorsorgeeinrichtung sich die Einwohnergemeinde für die berufliche Vorsorge ihrer Mitarbeitenden anschliesst. Die Mitarbeitenden haben dieser Personalvorsorgeeinrichtung anzugehören; für die daraus erwachsenden Rechte und Pflichten sind deren Statuten und Versicherungsbedingungen massgebend.*

*Der Einwohnerrat bestimmt, welcher Personalvorsorgeeinrichtung sich die Einwohnergemeinde für die berufliche Vorsorge ihrer Mitarbeitenden anschliesst. Die Mitarbeitenden haben dieser Personalvorsorgeeinrichtung anzugehören; für die daraus erwachsenden Rechte und Pflichten sind deren Statuten und Versicherungsbedingungen massgebend.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 24:15 Stimmen zugestimmt.

#### Vorzeitige Pensionierung

Hr. Philipp Hangartner hat bereits bei der Präsentation der FGPK angekündigt, dass im Absatz 2 probiert wurde, das Ganze ein wenig zu neutralisieren, unabhängiger zu gestalten und von der gerade gewählten Versicherungslösung loszukommen. Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau stand im Vordergrund. In Zusammenarbeit mit dem Stadtschreiber versuchte man eine neue Formulierung abzufassen. Der Antrag lautet:

*Die Mitarbeitenden haben innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen resp. denjenigen der angeschlossenen Vorsorgeeinrichtung das Recht, auf jedes Monatsende nach vorausgegangener sechsmonatiger schriftlicher Kündigung vorzeitig in Pension zu treten.*

Der Antrag neutralisiert den Absatz und macht ihn unabhängig von der gewählten Versicherung. Der Stadtrat wäre nach Kenntnis von Philipp Hangartner dazu bereit, diesen Antrag entgegenzunehmen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass der Stadtrat dies eine sehr sinnvolle Präzisierung oder Ergänzung findet. Sie ist freier und gibt mehr Spielraum. Die Kooperation zwischen Philipp Hangartner und Arthur Senn, Stadtschreiber, hatte ein sehr sinnvolles Ergebnis zur Folge. Der Stadtammann dankt bestens dafür.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über den Abänderungsantrag abstimmen:

#### Abs. 2

*Die Mitarbeitenden haben innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen resp. denjenigen der angeschlossenen Vorsorgeeinrichtung das Recht, auf jedes Monatsende nach vorausgegangener sechsmonatiger schriftlicher Kündigung vorzeitig in Pension zu treten.*

Dem Abänderungsantrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

*Der Teilrevision des Dienst- und Besoldungsreglementes für das Personal der Einwohnergemeinde vom 12. Mai 1997 sei zuzustimmen und diese auf den 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 82

**GK 100**

**Motion der SVP-Fraktion vom 18. Juni 2007 betr. Parkieren in der Zofinger Altstadt: Erste halbe Stunde kostenlos (Begründung und Beantwortung)**

Hr. Marc Plüss erklärt, dass Stefan Giezendanner und er anfangs April 2007 an einer Veranstaltung teilgenommen haben, an welcher ebenfalls viele Personen aus der Region teilgenommen haben. Mit Erstaunen mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass überaus viel über die Regionalpolizei im Allgemeinen und Zofingen als Bussestadt gesprochen wird. Es war kein SVP-Anlass. Auch Personen, welche eher dem linken Lager angehören, waren dabei und haben ihre Bedenken geäußert.

Am darauf folgenden Wochenende haben die Herren Giezendanner und Plüss überlegt, wie sie diese zugegebenermassen altbekannte Thematik neu lancieren könnten. Mit einem Haufen Gleichgesinnter haben sie das Komitee gegen das Busse-Regime gegründet und einen Flyer kreiert, welcher für mächtigen Sprechstoff gesorgt hat. Die erste Berichterstattung im Zofinger Tagblatt war für sie alles andere als gelungen. Nicht weil ihre Idee nicht gut angekommen ist, sondern weil eine Kommunikationspanne für Verwirrung gesorgt hat. Sie haben sich dann umgehend mit Ressortchef Herbert Scholl getroffen und dabei den Grundstein für eine konstruktive Diskussion über das Parkplatz- und Busse-Problem in Zofingen gesetzt. Die weiteren Berichterstattungen im Zofinger Tagblatt haben ihre Wirkung nicht verfehlt, das Echo war riesig, sei es auf der Strasse oder über Mails und Briefe. Es gab sogar Leute, die ihre Aktion mit Spenden unterstützen wollten. Sie sind erstaunt, wie viele Auswärtige ihre Meinungen mitgeteilt haben. Weniger überraschend war, dass viele geschrieben haben, dass das übertriebene Parkbusse-Regime schuld oder zumindest mitschuld sei am „Lädelisterben“ in der Altstadt, weil sie ihre Einkäufe jetzt an einem anderen Ort erledigen, an welchem sie willkommener seien.

Einige Episoden waren beinahe lustig, andere aber äusserst traurig und bedenklich. Ein Mann aus der Region musste notfallmässig Medikamente, welche er aus Eile per Fax vorbestellt hatte, aus der Apotheke holen für seinen schwer kranken Vater. Was ein Zofinger Polizist, welcher heute nicht mehr in dieser Gemeinde tätig ist, nicht davon abgehalten hat eine Parkbusse zu verordnen, weil dieser Herr aus Eile direkt vor der Apotheke parkiert hatte. Leider ist dies ein Beispiel für das fehlende Fingerspitzengefühl, das in einem Communiqué angesprochen wurde. Genau solche Geschichten haben sie angespornt, dem Einwohnerrat eine Motion mit folgendem Inhalt einzureichen:

Der Stadtrat soll dem Einwohnerrat ein neues Parkplatzkonzept „Erste halbe Stunde gratis Parkieren in der Zofinger Altstadt“ vorlegen und darlegen, ob dafür ein lineares System reicht oder allenfalls eine progressive Gebührenregelung eingeführt werden soll.

Seit Einreichung dieser Motion ist ein halbes Jahr vergangen. In dieser, für politische Verhältnisse eher kurzen Zeit, hat sich einiges getan. Mit grosser Freude haben die Herren Giezendanner und Plüss zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat grosse Anstrengungen unternimmt, um ihre Fragen zu beantworten und somit das Problem zu lösen. Besonders gefreut hat sie natürlich, dass ihre Hauptforderung (die erste halbe Stunde gratis Parkieren) bei den stadträtlichen Überlegungen eine tragende Rolle spielt. Deshalb sind sie auch damit einverstanden, dass zur Minimierung der Mindereinnahmen ein progressives Gebührensysteem eingeführt wird. Wie hoch dieser Satz sein soll, kann man noch zu einem späteren Zeitpunkt verhandeln. Ein Richtwert wird bestimmt aus dem Vernehmlassungsverfahren heraus entstehen. Das Komitee erachtet das Vernehmlassungsverfahren als gute Methode, um die Meinungen der Bevölkerung und des Gewerbes zu eruieren.

Die einmaligen Umrüstkosten befinden sie als vertretbar, vor allem wenn man den Mehrwert für die Konsumenten und das Gewerbe mit einberechnet. Positiv werten sie auch, dass das Vernehmlassungsverfahren weiterführende Fragen, wie jene eines neuen Parkhauses in Zofingen, behandelt. Die Haltung der SVP sowie der Dynamischen Mitte ist klar, es muss unbedingt innerhalb der Stadtmauern gebaut werden.

Die SVP-Fraktion befürwortet die Umwandlung in ein Postulat nur ungern, da es im Gegensatz zu einer Motion bekanntlich nicht bindend ist. Das Vertrauen in den Stadtrat ist aber gross, und man soll auch genug Zeit haben, ein durchdachtes Parkierungskonzept zu erstellen. Marc Plüss dankt dem Stadtrat, insbesondere Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger und Stadtrat Herbert Scholl, für die gute Zusammenarbeit und die beachtlichen Fortschritte innert kürzester Zeit. Er empfiehlt dem Einwohnerrat, das Postulat zu überweisen und mitzuhelfen, damit die Stadt Zofingen ihr negatives Image als Bussenstadt definitiv abstreifen kann.

Der Einwohnerrat überweist das Postulat diskussionslos.

Art. 83

**GK 111**

**Motion der SP-Fraktion vom 27. August 2007 betr. Umzonung der Parzelle 105 (Finkenhalde) (Begründung und Beantwortung)**

Hr. Peter Wullschleger erlaubt sich, kurz auf die Haltung des Stadtrates einzugehen. Wenn der Stadtrat in seiner vom Stadtammann unterschriebenen Stellungnahme ein Zitat anführt, gestattet er sich auch eines aus dem Kurzprotokoll der Ortsbürgergemeindeversammlung vom 22. Juni 2007 anzuführen: „Herr Rudolf Hohl hat nicht erwartet, dass er an einer Ortsbürgergemeindeversammlung ein drittes Mal gegen den Verkauf von Ortsbürgerland an der Finkenhalde votieren muss.“ Genau darum geht es der SP-Fraktion, sie will nicht, dass Herr Hohl oder andere Persönlichkeiten dieser Stadt ein weiteres Mal gegen diesen Verkauf ankämpfen müssen.

Diese Motion soll heute gemäss Stellungnahme des Stadtrates als Postulat entgegengenommen werden. Die SP-Fraktion ist damit einverstanden.

Begründung, weshalb die Motion umgewandelt werden soll:

- Es sei nicht möglich, diese Motion innerhalb eines Jahres umzusetzen. Deshalb muss die SP-Fraktion sie in ein Postulat umwandeln. Peter Wullschleger hält die Motion nach wie vor für den richtigen Vorstoss, um eine BNO zu ändern. Wenn der Stadtrat allerdings länger als ein Jahr benötigt, um diese umzusetzen, ist es weniger das Problem der Motion, denn der Umsetzungszeit. Insofern könnte man sehr wahrscheinlich jede Motion mit dieser Begründung umwandeln lassen.
- Es besteht eine Differenz, ob die Ortsbürgergemeinde zu entschädigen sei. Ob man sich da einigen kann oder nicht, darüber kann man sich wahrlich streiten. Die Meinung der SP-Fraktion und die Empfehlung von Peter Wullschleger an den Stadtrat sind, er würde es hier nicht auf den Rechtsweg ankommen lassen. Immerhin ist der Stadtrat sowohl oberste vollziehende Behörde der Einwohnergemeinde als auch der Ortsbürgergemeinde, und in einem Rechtsverfahren, in welchem er beide Parteien vertreten müsste, könnte es noch peinlich werden. Insofern würde Herr Wullschleger empfehlen, dass man versucht, eine Lösung zu finden, und diese kann wohl nur lauten, dass man der Ortsbürgergemeinde auch in finanzieller Hinsicht ein Stück weit entgegenkommt.

Insgesamt dankt die SP-Fraktion aber für die wohlwollende Aufnahme der Motion als Postulat und ist mit der Überweisung als Postulat selbstverständlich einverstanden.

Gemäss Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, hat Vorredner Peter Wullschleger alles gesagt. Er möchte keine weiteren juristischen Ausführungen machen über die Entschädigungspflicht. Es ist effektiv der Punkt, den der Stadtrat völlig anders sieht. Deshalb ist er froh, wenn er diese Motion als Postulat entgegennehmen kann.

Hr. Fritz Hirschi ist der Ansicht, dass dieser Vorstoss ein wenig quer liegt in der Landschaft. Alle wissen, dass man in Zofingen praktisch kein baureifes Bauland mehr hat. Auch der Hinweis auf das verdichtete Bauen nützt nichts, wenn der Grundeigentümer nicht bereit ist, sein Land zur Verfügung zu stellen. Man hat dann kein Land zum Bauen.

Es ist nicht die Meinung, dass man das Landstückchen am Philosophenweg bis hinten zum Weiher überbauen solle, sondern nur ein kleines Stückchen ganz vorne. Schaut man dies auf dem Plan an, hat es ringsum Häuser. Es wäre also nicht so tragisch, wenn man es zur Überbauung freigeben würde. Fritz Hirschi war nicht an der Ortsbürgergemeindeversammlung und weiss auch nicht, was dort alles für Argumente gebracht wurden. Er hat ein gewisses Verständnis, wenn ein Grundeigentümer aus irgendwelchen Gründen eine Auszonung oder Umwandlung in die Landwirtschaftszone verlangen würde. Gar kein Verständnis hat er, wenn dieser nachher Geld oder eine Entschädigung dafür haben möchte. Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben. Wenn der Grundeigentümer der Meinung ist, er möchte das Land auszonen, dann ist Fritz Hirschi der Ansicht, dass er dies nicht entschädigt erhalten soll. Seines Wissens hatte der Grundeigentümer noch nie Auslagen, deshalb sollte auch nichts bezahlt werden.

Ein weiterer Punkt ist, dass keine solchen Einzelbehandlungen vorgenommen werden sollten. Eigentlich sollte bis zur Revision der Nutzungsplanung zugewartet werden. Dann kann es auch gesamtheitlich betrachtet werden, und man sieht alle beabsichtigten Einzonungen und Auszonungen. Es ist der falsche Weg, ein Teilstückchen einer Parzelle separat zu behandeln.

Förster seien schon immer ganz geschickte Leute gewesen. Sie haben vor einigen Jahrzehnten ein Gesetz erschaffen, in welchem steht, dass die Waldfläche der Schweiz nicht verkleinert werden darf. Das heisst, wenn an einem Ort ein Stück Wald gerodet wird, muss es am gleichen Ort wieder aufgeforstet werden, oder eine gleiche Anzahl Quadratmeter muss an einem anderen Ort aufgeforstet werden. Dies wäre ein super Beispiel für den Stadtrat. Zofingen hat wenig Bauland, und deshalb wäre es einen Gedanken wert dazu zu schauen, dass, wenn Land ausgezont wird, nachher mindestens gleichwertiges Land wieder eingezont wird.

Fritz Hirschi weiss nicht genau, ob das Postulat überwiesen wird oder ob noch darüber abgestimmt wird. Die FDP-Fraktion war mehrheitlich der Meinung, diese Motion nicht anzunehmen und auch nicht als Postulat zu überweisen. Er hätte aber einen Auftrag für die Stadt, oder vielleicht kann man auch als Zusatzantrag darüber abstimmen:

*Wenn der Grundeigentümer wünscht, dass sein Bauland ausgezont wird, sollte der Stadtrat die entsprechenden Abklärungen vornehmen, damit keine Entschädigung bezahlt werden muss. Sonst soll er das Stück Land in der Bauzone lassen.*

*Wenn ein Stück Land ausgezont wird, soll mindestens ein gleichwertiger Ersatz zum wieder Einzonen gefunden werden.*

Fritz Hirschi weiss nicht, ob man über solche Zusatzanträge abstimmen kann, oder ob es einfach im Protokoll festgehalten wird, in welchem man es dann wieder nachlesen kann.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Zusatzantrag eigentlich schriftlich vorliegen müsste. Auf mündlichen Antrag hin kann aber ebenfalls abgestimmt werden.

Hr. Marcel Thüler sieht sich bei diesem Thema fast ein wenig gezwungen, sich zu äussern. Er ist an dieser Ortsbürgergemeindeversammlung ebenfalls hingestanden und hat gesagt, was er dazu denkt. Marcel Thüler ist aus den Ausführungen von Kollege Hirschi nicht ganz schlau geworden. Er ist der Meinung, die Ortsbürger sagten, sie wollten dieses Land nicht verkaufen und nicht verbauen. Wartet man, bis die BNO geändert wird, kann dies vergessen gehen, weil man diese Parzelle dann einschätzen kann wie man will.

Mit der Forderung der SP-Fraktion wird ganz klar gesagt, weshalb die Parzelle ausgezont werden soll, und falls dies nicht angenommen wird, kann mit dieser Parzelle irgendetwas passieren. Wenn Marcel Thüler richtig verstanden hat, geht es vor allem darum, möglichst kein Bauland zu vergeben. Das würde heissen, wenn man dort nicht baut, würde man ein gleich grosses Stück Wald bauen. Dies empfand er als lustige Vorstellung.

Fr. Patricia Misteli versucht ein wenig Klarheit zu schaffen. Die FDP-Fraktion stellt einzig den Antrag, dass über dieses Postulat abgestimmt wird, weil sie nicht einverstanden ist, auch nicht in Form eines Postulats, dass eine Entschädigung bezahlt wird für Land, welches der Eigentümer zum dritten Mal nicht als Bauland haben will.

Hr. Peter Wullschleger erklärt, dass, wenn die SP-Fraktion dazu bereit ist, die Motion als Postulat zu überweisen, sie im Sinne des Stadtrates bereit ist, dass dies im Rahmen der laufenden BNO-Revision grundsätzlich angeschaut wird. Sie hat auch in dem Punkt nachgegeben, dass sie die Frage der Entschädigung nicht verbindlich gelöst haben will. Es gibt unterschiedliche Meinungen, und es ist wohl sogar der Fall, dass rechtlich diejenige des Stadtrates korrekter ist als diejenige von Peter Wullschleger. Er sagte nur, es gäbe vielleicht sachliche Gründe, sich mit der Ortsbürgergemeinde zu finden. Wie bereits gesagt, hat die SP-Fraktion bezüglich Motionsform nachgegeben, das Postulat ist unverbindlich. Im Rahmen der laufenden Planung hat der Stadtrat alle Optionen offen, um bis in ein paar Jahren eine Einwohnerratsvorlage einzubringen, wie er sie will und für richtig befindet.

Hr. Robert Weishaupt hat bereits vor zwei oder drei Sitzungen gefragt, was mit diesem Land passieren soll. Heute zont der Einwohnerrat dieses Fleckchen Land aus, in ein paar Jahren kommt das nächste, und zuletzt ist man wirklich hinten beim Waldrand. Deshalb ist Robert Weishaupt der Meinung, dass es der richtige Schritt ist, dort nicht mehr zu bauen. Auch er würde von mehr Einwohnern in dieser Stadt profitieren, welche Geld im Gewerbe umsetzen würden, aber langsam muss auch er sagen, dass Zofingen gebaut ist.

Fr. Patricia Misteli nimmt Peter Wullschleger beim Wort. Die FDP-Fraktion verzichtet auf den Antrag, über das Postulat abzustimmen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht. Das Postulat wird an den Stadtrat überwiesen.

#### Art. 84

#### **GK 112**

#### **Motion der Dynamischen Mitte vom 17. September 2007 betr. Verkehrskonzept Trinerplatten (Begründung und Beantwortung)**

Hr. Hans Rudolf Schlatter begründet mit wenigen Sätzen die Motion. Es wurde beschlossen, die Trinerplatte zu renovieren und ein wenig zu vergrössern. Über die Erschliessung stand in der Botschaft sozusagen nichts. Hans Rudolf Schlatter kommt es vor, als wären die Trinerplatte und die Badeanstalt nur provisorisch erschlossen. Der Bus fährt wohl in die Nähe, hält aber nicht davor. Der Privatverkehr fährt durch das Wohnquartier in eine Sackgasse. Mit der Motion verlangt die Dynamische Mitte vom Stadtrat ein Konzept, wie die jetzige Situation verbessert werden könnte, damit sie auch längerfristig verhebt.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass der Stadtrat dazu bereit ist, den Vorstoss in Form eines Postulats entgegenzunehmen. Er hat dem Einwohnerrat ein Konzept zukommen lassen, bei welchem er das Gefühl hat, dass es verhebt. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, das Postulat soll gleich wieder abgeschrieben werden.

Der Stadtammann erläutert die Situation mithilfe einer PowerPoint-Präsentation, welche diesem Protokoll als Anhang beigefügt wird.



### Erschliessung für den öffentlichen Verkehr

Die Buslinie 1 verkehrt in unmittelbarer Nähe zum Schwimmbad und der Trinermatte. Dabei handelt es sich um den neuen Rundkurs. Die beiden nächstgelegenen Haltestellen sind höchstens 250 Meter vom Schwimmbad beziehungsweise der Trinermatte entfernt. Da es sich um Sportanlagen handelt, geht kaum jemand Gehbehindertes dorthin. Beim Schwimmbad sind mehrere individuelle Parkplätze vorhanden. Nach Meinung des Stadtrates besteht eine sinnvolle Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr. Bei Grossanlässen wird zusätzlich ein Shuttle-Service eingerichtet. Beim Kantonalen Turnfest 2005 in Zofingen hat es sich sehr gut bewährt. Für den Stadtrat besteht kein Handlungsbedarf.

### Erschliessung für den motorisierten Individualverkehr

Die Trinermatte hatte von Anfang an den Eisengrubenweg als fixe Erschliessung. Dabei handelt es sich nicht um ein Provisorium, das ist seit jeher so. Früher ist man noch eine Schlangenlinie durch das Negerdörfli gefahren, um zum Schwimmbad zu gelangen. Das sind viel engere Verhältnisse, deshalb hat man den Eisengrubenweg breiter konzipiert. Bei der Erschliessung über das Negerdörfliquartier würde viel mehr durch das Wohnquartier gefahren, und einige andere Wohnquartiere würden vermehrt in Mitleidenschaft gezogen. Der Stadtrat anerkennt, dass die Erschliessung über den Eisengrubenweg auf die unmittelbar angrenzenden Wohnhäuser negative Einflüsse hat. Aber es ist wie überall im Leben, man will zwar ein Sportzentrum und es erreichen, aber nicht vor dem eigenen Haustor. Würde man von der Eisengrubenweg-Erschliessung zur Wiggerweg-Erschliessung wechseln, wäre dies nach Meinung des Stadtrates eine Sankt-Florians-Politik. Noch mehr Leute würden durch diese Situation behelligt. Was der Stadtrat machen möchte, ist, die Tempo 30-Zone einzuführen, um das Tempo zu reduzieren und einen Sicherheitsaspekt zu gewährleisten. Aber die Erschliessung wurde so geplant, und der Stadtrat findet diese in Ordnung.

Optimierungsmassnahmen bestehen im Sinne, als bei den Parkplätzen etwas unternommen werden muss für jene, die mit dem Langsamverkehr hinfahren. Für den Langsamverkehr ist die dortige Situation sonst äusserst gut. Im Konzept wurde ebenfalls dargelegt, dass Behindertenparkplätze in unmittelbarer Nähe der Trinermatte geschaffen werden müssten. Vom Individualverkehr her soll man beim sackgassenmässigen Durchlauf sauber wenden können. Das vom Stadtrat beschriebene Konzept mit dem Shuttle-Service soll problemlos durchgeführt werden können. Nach Meinung des Stadtrates sind dies nicht irgendwelche provisorischen Massnahmen, sondern Massnahmen, die wirklich verheben und konzeptionell durchdacht sind. Auch der Preis wurde vom Stadtrat mitgeteilt. Im jetzigen Konzept sind diese Massnahmen nicht enthalten, man könnte sie ganz normal ins Budget 2009 aufnehmen und im Bereich der verkehrlichen Entwicklung abwickeln.

Hr. Hans Rudolf Schlatter erklärt, dass die Dynamische Mitte mit der Antwort des Stadtrates nicht einverstanden ist. Sie ist auch gegen eine Umwandlung in ein Postulat mit sofortiger Abschreibung. Die Fraktion hat ein wenig den Eindruck bekommen, jemand aus der Verwaltung habe kurz einige Striche gezeichnet, und dies werde jetzt an die Wand geworfen. Etwas Positives sind die 125 gedeckten Veloabstellplätze. Der Rest überzeugt sie nicht vollständig. Bei der PowerPoint-Präsentation waren zwei farbige Kreise mit einem 250 Meter-Radius zu sehen. Nun müsste der Stadtammann Hans Rudolf Schlatter noch erklären, wie er diese 250 Meter Luftlinie quer über alle Zäune läuft. Lläuft man aussen herum - Herr Schlatter hat die Zeit gestoppt und die Schritte gezählt - beträgt die Distanz mindestens doppelt so viel. Da es aber Sportler sind, müssten sie eigentlich Freude daran haben, sich vor dem Sport ein wenig einlaufen zu können. Die Realität sieht aber anders aus. Der Shuttle-Betrieb bewährt sich bestimmt bei Grossanlässen, aber für den täglichen Betrieb, wenn das Schwimmbad offen ist, ist er irrelevant.

An der Fraktionssitzung vom Montag hat die Dynamische Mitte dieses Geschäft behandelt und hatte spontan innerhalb von zwei oder drei Minuten verschiedene Vorschläge, was noch unternommen werden könnte. Sie hat sich zum Beispiel gefragt, weshalb sich der Wendepunkt bei der Tribüne befindet, bis zum Schwimmbad gehen Parkplätze verloren. Weshalb erstellt man diesen Wendepunkt nicht ganz im Norden, wo künftig das Fahrverbot stehen wird. Ebenfalls hat sie diskutiert, ob man diese Sackgasse nicht aufheben und den Wiggerweg mit Tem-

po 30 wieder eröffnen will. Logischerweise müsste auch im Eisengrubenquartier Tempo 30 eingeführt werden. Man hätte keinen Umwegverkehr mehr von jenen, die vom Kanalweg aus das Auto nehmen, um in die Trinermatte zu gelangen und von denen, die von Stengelbach her über die Frikartstrasse fahren. Könnte man zum Beispiel nicht auch einen direkten Weg entlang des Zauns zwischen Schwimmbad und Trinermatte erstellen?

Ohne Weiteres hat die Dynamische Mitte noch verschiedenste Möglichkeiten gefunden, um ein Konzept und etwas Besseres auszuarbeiten. Deshalb ist für die Fraktion der Vorschlag des Stadtrates kein akzeptabler Vorschlag, und sie hält an ihrer Motion fest.

Hr. Stefan Giezendanner erläutert, dass die Dynamische Mitte den Stadtrat auffordert, dem Einwohnerrat ein Konzept für die bessere Erschliessung der Sportanlagen und Badeanstalt vorzulegen, mit öffentlichem und privatem Individualverkehr. Wie bereits diesen Frühling durch die SVP-Motion beantragt, findet der Teilaspekt privater Verkehr wohl im Wortlaut der Dynamischen Mitte in dieser Motion Gehör und Niederklang, wird jedoch in der stadträtlichen Beantwortung oder Konzeptionisierung nach Meinung von Herrn Giezendanner sträflich vernachlässigt. Im Gegenteil, anstatt zusätzliche Parkplätze für Personenwagen zu schaffen, schlägt man vor, die momentan 250 Parkplätze auf 225 zu reduzieren. Nicht genug dieser negativen Botschaften, dieser Vorschlag kostet die Steuerzahlerin und den Steuerzahler unsagbare 160'000 Franken. Für welchen Mehrwert? Fairerweise muss man zugestehen, dass rund 100'000 Franken in Veloabstellplätze investiert werden sollen. Weitere 60'000 Franken sind geplant für etwelche Massnahmen wie Wendezone oder vier Behindertenparkplätze. Es darf heute Abend nicht der Ernst des Stadtrates und Einwohnerrates sein, 160'000 Franken wieder auf den Kostenfaktor Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abzuwälzen. Einmal mehr muss Stefan Giezendanner klar feststellen, dass man viel Geld für wenige Benutzerinnen und Benutzer ausgeben will. Aus den erwähnten Gründen lehnt die SVP die Motion der Dynamischen Mitte ab und verneint ebenfalls eine mögliche Überweisung als Postulat.

Fr. Patricia Misteli hält fest, dass mit dem Vorstoss von Stefan Giezendanner das Problem nicht gelöst ist. Die FDP-Fraktion glaubt, dass die Motion so offen formuliert ist, dass man endlich ein brauchbares Konzept bekommt, bei welchem man auch die Kosten sieht. Es wird eine Vorlage geben, bei welcher der Einwohnerrat zu den konkreten Punkten Stellung nehmen kann. In dieser Form ist dies nicht der Fall. Deshalb wird die FDP-Fraktion mehrheitlich der Motion der Dynamischen Mitte zustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, lässt der Vorsitzende über die Überweisung der Motion der Dynamischen Mitte vom 17. September 2007 abstimmen:

Der Überweisung der Motion wird mit 23:10 Stimmen zugestimmt.

Der Vorsitzende lässt über die gleichzeitige Abschreibung der Motion abstimmen:

Die gleichzeitige Abschreibung der Motion wird mit 24:0 Stimmen (bei Enthaltungen) abgelehnt.

Zwischen diesen beiden Abstimmungen hat sich der Einwohnerrat mit dem Traktandum Information aktueller Stand Trottenweiher befasst.

Art. 85

### **Information aktueller Stand Trottenweiher**

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, informiert den Einwohnerrat im Namen des Stadtrates über das Projekt Trottenweiher. Das Projekt Sanierung Trottenweiher steht ganz offensichtlich unter einem schlechten Stern. Der Stadtrat hat Kostenüberprüfungen in Auftrag gegeben, und diese haben ergeben, dass das Projekt rund doppelt so teuer zu stehen kommt als ursprünglich angenommen. Da der Kredit, den der Einwohnerrat gesprochen hat, damit massiv überschritten würde, hat der Stadtrat einen sofortigen Baustopp verfügt. Auf die Einwohnerratssitzung vom kommenden März sollen Zusatzkredite beantragt werden.

Der Stadtrat will alles beitragen, damit die Gründe für diese Kostenüberschreitungen transparent analysiert werden können. Im vergangenen Oktober musste der Stadtrat auf Grund von Berechnungen davon ausgehen, dass massive Kostenüberschreitungen gegenüber dem Kredit, den der Einwohnerrat bewilligt hat, ausgewiesen werden müssen. Der Rat hat deshalb die Bauverwaltung mit genaueren Abklärungen zur Kostensituation beauftragt und hat nachher zuerst die FGPK in einer üblichen Sitzung und anschliessend den Einwohnerrat orientiert. Damals ging man von Kostenüberschreitungen im Rahmen von 300'000 Franken aus. Heute haben sich, nach klareren Abklärungen, die schlimmsten Befürchtungen definitiv erhärtet, dass dazumal noch nicht alle Kosten erfasst wurden. Der Ressortvorsteher der Tierparkanlagen, Stadtrat Jürg Bachmann, wurde heute umgehend über das Ergebnis der Untersuchungen informiert. Die mutmasslichen Kosten, welche durch einen externen Baufachmann auf Grund von Unternehmerofferten evaluiert wurden, lassen den Stadtrat befürchten, dass das geplante Projekt tatsächlich doppelt so viel kosten wird, als der durch den Einwohnerrat bewilligte Kredit ausgewiesen hatte. In diesem Zusammenhang gibt es noch anzumerken, dass immer noch von Kostenprognosen gesprochen wird. Die Finanzverwaltung hat bis heute Rechnungen im Betrag von 440'000 Franken bezahlt, und die Verträge, inklusive bezahlte Rechnungen, wurden abgeschlossen auf 950'000 Franken.

Die Kostenüberschreitungen sind derart hoch, dass der Stadtrat einen sofortigen Baustopp beschlossen hat. Ausgeführt werden momentan nur noch bereits angefangene Teilarbeiten, welche aus Sicherheitsgründen nicht gestoppt werden können oder Zusatzkosten auslösen würden, wenn man sie jetzt stoppen würde. So wird unter anderem die Flugvolière, also das eigentliche Herzstück der Anlage, in den nächsten Tagen aufgerichtet, da diese bereits geliefert wurde. Bevor hingegen weitere Aufträge vergeben werden, will der Stadtrat an einer Einwohnerratssitzung einen Zusatzkredit beantragen, möglich wäre dies nächsten März.

Das neu zusammengestellte Projektteam unter der politischen Leitung von Stadtrat Jürg Bachmann ist bereits dabei, das Projekt im Detail zu überprüfen, Erklärungen für die massiven Kostenüberschreitungen, heruntergerechnet auf jede Position, zu liefern und zu Händen des Einwohnerrates einen neuen Zusatzkreditantrag zu erstellen. Dieser Zusatzkreditantrag wird ausgehend vom bisherigen Konzept erstellt.

Der Stadtrat bedauert die wirklich schlechte Entwicklung des Projekts Trottenweiher sehr und übernimmt dafür als Gesamtgremium auch die politische Verantwortung. Der Stadtrat wird alles daran setzen, dass dem Einwohnerrat für die Sitzung vom März 2008 eine Kreditvorlage vorgelegt werden kann, die eine sinnvolle und möglichst kostenoptimierte Fertigstellung dieses Projekts ermöglicht. Der Stadtrat erachtet es als Aufgabe der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zu entscheiden, in welcher Form, in welcher Tiefe und durch welches Gremium zu analysieren sein wird, wie es zu diesen Kostenüberschreitungen kommen konnte. Sollte sich der Einwohnerrat für eine solche Aufarbeitung entscheiden, sichert der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung diesem Gremium alle benötigte Unterstützung zu, die es braucht, um diese Aufgabe sinnvoll, effizient und mit völliger Transparenz zu erledigen.

Der Ratspräsident erklärt, dass das Büro des Einwohnerrates auch nach Konsultation mit dem FGPK-Präsidenten und dem Stadtammann die Situation derart dramatisch findet, dass es einen Antrag ausgearbeitet hat, in welchem es die Einsetzung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission zur Klärung der Gründe für die massiven Mehrkosten für die Sanierung des Trottenweiher untersuchen möchte.

Die Unterlagen zum neuen Geschäft GK 127 werden dem Einwohnerrat vor der Pause verteilt.

(Sitzungspause)

Art. 86**GK 127****Antrag des Büros des Einwohnerrates betr. Einsetzung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission zur Klärung der Gründe für die massive Kostenüberschreitung bei der Sanierung des Trottenweihers**

Gemäss Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, hat sich ergeben, dass in einer bestimmten Form die rechtlichen Grundlagen nicht vorhanden sind, so dass das Büro den Antrag modifizieren musste. Der Antrag besteht jetzt aus zwei Punkten, welche folgendermassen lauten:

1. *Für die Vorberatung der Zusatzkreditvorlage für die Sanierung des Trottenweihers sei eine einwohnerrätliche Spezialkommission, bestehend aus 9 Mitgliedern, einzusetzen.*
2. *Die Einwohnerratsfraktionen werden ersucht, ihre Nominationen bis zum 7. Dezember 2007 dem Ratsbüro zuzustellen.*

Fr. Patricia Misteli hält fest, dass die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass eine Siebner-Kommission genügt und auch den Antrag auf eine Siebner-Kommission stellt.

Hr. Hans-Martin Plüss möchte vorneweg dem Stadtammann und dem Stadtrat ganz herzlich dafür danken, dass sie den Einwohnerrat über diese Situation informiert haben. Rechtzeitig ist es wahrscheinlich nicht mehr, aber immerhin wurde er ins Bild gesetzt. Der Einwohnerrat hatte keine Möglichkeit, dies in den Fraktionen abschliessend zu diskutieren, aber nach Meinung von Hans-Martin Plüss ist die Reaktion richtig, hier eine Spezialkommission einzusetzen, die diesen Vorfall untersucht. Offenbar ist es nicht möglich, eine Untersuchungskommission einzusetzen, weshalb diese Kommission auch den Ergänzungskredit behandeln muss. Hans-Martin Plüss findet es einen begehren Weg. Die Kommission wird den Schwerpunkt aber bestimmt darauf setzen müssen, welche Massnahmen zu treffen sind, damit solche Situationen nicht wieder eintreffen.

Wenn Hans-Martin Plüss vorhin richtig gehört hat, wäre der bisherige Antrag 2, der mit den Unterlagen verteilt wurde, jetzt gestrichen. Ihm wäre es aber recht, wenn der Einwohnerrat so oder so die Zusage des Stadtrates hätte, dass er in dieser Kommission die nötigen Ressourcen und Auskünfte erhält und notfalls auch externe Fachleute beiziehen kann.

Herr Plüss unterstützt den Vorschlag von Patricia Misteli, diese Kommission so klein wie möglich zu halten. Man muss auch damit rechnen, dass Personendaten und vertrauliche Sachen vorkommen. Es wird ebenfalls einfacher, Termine zu finden.

Hr. Philipp Hangartner hält fest, dass die SVP eine solche Spezialkommission grundsätzlich ebenfalls gut findet. Die Dringlichkeit scheint unbestritten. Der SVP ist es wichtig, dass der Stadtrat bei dieser Kommission nicht dabei ist, das Projekt muss ihm entzogen werden. Es ist eine richtige Schlussfolgerung, dass dieser Absatz gestrichen wird. Die SVP ist auch der Meinung, dass die Mitglieder der FGPK nicht ganz neutral sind. Sie waren in diesem Geschäft ebenso tangiert. Deshalb der Antrag, dass auch FGPK-Mitglieder nicht in dieser Kommission Einsitz nehmen können. Zudem ist die Mehrheit der SVP für eine Neuner-Kommission.

Hr. Rolf Moor erläutert, dass aus rechtlichen Aspekten eine solche Spezialkommission befürwortet wird. Diese hat nachher aber auch den Auftrag, diesen Kredit zu prüfen und entsprechend dem Parlament vorzuschlagen. Rolf Moor macht den Einwohnerrat darauf aufmerksam, dass bald anfangs Dezember ist und nachher die Weihnachtszeit folgt - März ist also relativ schnell. Wenn diese Kommission auf den Monat März sämtliche Daten aufdatiert und sämtliche Abklärungen getroffen haben muss und auch gewisse Fachleute beiziehen muss, ist er nicht ganz davon überzeugt, dass die Vorlage mit den entsprechenden Informationen zur Abstimmung bereit ist. Er kann sich einverstanden erklären mit diesem Vorgehen. Ob der Kredit für den Trottenweiher aber erst im Mai oder Juni gesprochen wird, darauf kommt es auch nicht mehr an.

Es besteht eine sehr unschöne und massive Kreditüberschreitung, welche allen bewusst ist. Das Parlament sowie der Stadtrat sind nach Meinung von Rolf Moor verpflichtet, dem Einwohner von Zofingen aufzuzeigen, weshalb es dazu gekommen ist und was die Massnahmen daraus sind. Vom Ablauf her ist März für Rolf Moor zu früh.

Hr. Herbert Scholl, Stadtrat, erklärt, dass man auf Seite 10 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates sieht, dass das Zofinger Stadtparlament nur zwei verschiedene Arten von Kommissionen kennt. Nämlich im § 25 die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, welche Voranschlag, Rechnung, Finanzplan, allfällige Spezial- und Kreditabrechnungen sowie den jährlichen Geschäftsbericht des Stadtrates und die weiteren ihr vom Einwohnerrat zugewiesenen Vorlagen, die nicht in die Zuständigkeit von Spezialkommissionen fallen, prüft. Die zweite Kommissionsart ist im § 26 geregelt; Spezialkommissionen prüfen die ihnen vom Einwohnerrat zugewiesenen Vorlagen. Nach der Verabschiedung der betreffenden Vorlage durch den Einwohnerrat werden die Spezialkommissionen aufgelöst.

Was es auf kommunaler Ebene nicht gibt, ist eine parlamentarische Untersuchungskommission, genannt PUK. Letzthin gab es im grossen Rat einen Vorstoss, der auch auf Gemeindeebene die PUK einführen wollte. Dieser Vorstoss wurde abgelehnt. Es gibt also keine kantonale Rechtsgrundlage für eine kommunale PUK. Deshalb hat sich Stadtrat Scholl erlaubt, sich in diese Diskussion einzumischen. Er ist der Meinung, dass sich durch den von Bruno Hostettler verlesenen Antrag, ein begehrter Weg ergäbe, die benötigte Zusatzkreditvorlage sinnvollerweise einer Spezialkommission zuzuweisen. Wie hoch der Zusatzkredit ausfällt, wird man noch sehen. Diese Kommission kann es aber ein wenig freier anschauen als die FGPK, welche sich bereits mit diesem Geschäft befasst hat. Im Umfeld der Behandlung dieser Zusatzkreditvorlage, welche zuerst noch ausgearbeitet werden muss, kann man selbstverständlich weitere Empfehlungen abgeben, um zu vermeiden, dass Gleiches nochmals passiert.

Auch in der Gemeindeordnung ist geregelt, dass man Fachleute beiziehen kann. Unter § 17 liest man, dass der Einwohnerrat und seine Kommissionen zu ihren Beratungen sachverständige Dritte beiziehen können. Der Stadtrat ist sich einig, dass er zur Aufklärung dieser Sachlage beitragen will und er sich nicht dagegen wehren würde, dass solche sachverständige Dritte beigezogen werden können. Beim Trottenweiher ist bereits jetzt ein unabhängiger und aussenstehender sachverständiger Dritter tätig. Stadtrat Scholl geht davon aus, dass dieser von der Spezialkommission, sofern diese heute beschlossen wird, angehört werden kann und Rede und Antwort stehen wird. Herbert Scholl empfiehlt dem Einwohnerrat dieses Verfahren als gangbaren Weg. Zum Punkt, wie gross diese Kommission sein soll, sieben oder neuen Mitglieder, möchte er sich nicht äussern.

Für Fr. Patricia Misteli ist die Verdoppelung der Kosten ein wenig ein Schock und März zu spät. Sie möchte vom Stadtrat zwei Sachen wissen:

Regelt der Stadtrat im Rahmen dieser Vorkommnisse seine Verantwortlichkeit in Bezug auf die Bauverwaltung neu? Nur mit einem neuen Bauverwalter ist es nicht getan. Letztes Mal hat der Einwohnerrat vom Bericht der Visura gehört, dass auch die politische Führung in zu vielen Händen liegt.

Offenbar müssen die Kontroll- und Führungsmechanismen versagt haben, zumal es zu einer derartigen Kostenüberschreitung kommt. Ist sichergestellt, dass laufende und künftige Projekte nicht auch noch dermassen aus dem Ruder laufen?

Dazu möchte Frau Misteli gerne eine Antwort, bevor über das weitere Vorgehen abgestimmt wird.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass im Analysebericht der Visura ganz klar hervorgeht, dass die entscheidenden Punkte die Prozessabläufe und die Verantwortlichkeitsaufteilung innerhalb der Bauverwaltung sind. Der Stadtrat hat einen Ressortvorsteher, der die Bauverwaltung personell führt. Der Rat wird die politischen Verantwortlichkeiten im Rahmen des Workshops nochmals diskutieren und analysieren. Würde man das gesamte Bauwesen auf eine Person konzentrieren, würde dies mindestens ein Drittel, wenn nicht sogar die Hälfte der gesamten Kapazität, die der Stadtrat momentan aufwendet, ausmachen.

Im Moment ist der Bau verteilt. Dies hat der Stadtrat von den vorgängigen Stadträten übernommen. Obwohl es nicht sehr überzeugend klingt, ist es seit jeher so. Es wird aufgeteilt nach Bedürfnisressort: Tierparksanlagen gehören zum Ressortvorsteher Tierparksanlagen, Schule gehört zum Ressortvorsteher Schule usw. Möchte der Stadtrat dies ändern, müsste er ziemlich radikal vorgehen, indem er wahrscheinlich ein Vollressort schafft, nebst dem des Stadtammanns, das sich nur mit dem Bauen beschäftigt. Worauf sich sofort die Frage stellen würde, ob sieben Stadträte noch angebracht sind.

Der Stadtrat wird sich diese Fragen überlegen. Er kann aber nicht auf Grund einer Organisationsanalyse und der Arbeitsverteilung innerhalb des Stadtrates jetzt eine Lösung aus dem Ärmel schütteln. Der Rat ist sich der Problematik auf der politischen Ebene bewusst. Er hat aber auch sehr stark das Gefühl, dass ein grosser Teil an den unklaren Verantwortlichkeiten liegt. Ein solches Controlling ist ein Fachcontrolling, das mit Verantwortlichkeiten und Prozessabläufen ganz bestimmt erheblich verbessert werden kann.

Alle sind extrem aufgeschreckt, seit sie die ersten Kostenüberschreitungen gesehen haben. Hans-Ruedi Hottiger hat zwei laufende Bauprojekte und wollte von den verantwortlichen Personen sofort alles über die Mensa und die HPS wissen. Vom zuständigen Projektleiter erhält er alle Aufträge gezeigt, die vergeben werden und nicht genau dem Kostenvoranschlag entsprechen oder günstiger sind. Auf Dauer kann der Zustand nicht unbedingt sein, dass der Stadtrat, welcher die über CHF 150'000 liegenden Vergaben veranlasst, auch für alle kleineren Arbeitsvergabenverantwortlich ist. Dies muss innerhalb der Bauverwaltung geklärt sein. Man ist auf dem Weg dazu, die Prozesse zu erarbeiten.

Hr. Rolf Moor versteht nicht ganz, dass man heute vor einem solchen Problem steht, über Kompetenzen diskutiert wird und nicht aufgeklärt werden kann, wie diese Kostenüberschreitungen zustande gekommen sind. Der Stadtrat kontrolliert sich auf diese Weise im Prinzip selbst, und auch die Kommissionen kontrollieren sich selber. Bei dem, was heute auf dem Tisch liegt, sind der Stadtrat, die Verwaltung mit der Bauverwaltung, die FGPK und der Einwohnerrat involviert. Es muss doch eine neutrale Situation geben, auch auf Gemeindeebene. Rolf Moor versteht nicht, weshalb es kein rechtliches Mittel gibt. Anstelle der Spezialkommission könnte die FGPK diesen Auftrag genauso gut übernehmen, wie ein normales Geschäft.

Hr. Herbert Scholl, Stadtrat, wiederholt gerne, dass die beiden Kommissionen, die FGPK oder eine Spezialkommission, im Zusammenhang mit einer neuen Vorlage die Möglichkeiten haben, abzuklären, weshalb es dazu gekommen ist und Empfehlungen abzugeben, damit es nicht mehr so weit kommt. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit, das Zusatzkreditgeschäft entweder der FGPK oder der Spezialkommission zuzuweisen. Diese können im Zusammenhang mit einer solchen Vorlage Abklärungen treffen. Sie können sogar aussenstehende Experten beiziehen.

Diese Möglichkeiten hat der Einwohnerrat, er muss sich einfach entscheiden, ob er die FGPK oder eine Spezialkommission daran arbeiten lassen will. Der Stadtrat und das Büro des Einwohnerrates sind der Meinung, dass man es neu anpacken und, damit man freier ist, eine neue Kommission einsetzen soll. Was wahrscheinlich nicht geht, ist zu beschliessen, dass niemand der FGPK in dieser Kommission sein darf. Die Fraktionen sind frei in ihren Vorschlägen. Es gibt aber Unvereinbarkeits- und Ausstandsvorschriften. Wer beim Projekt Trottenweiher als Geschäftsmann oder Unternehmer beteiligt war, müsste bei der Abklärung der eigenen Arbeiten in den Ausstand. Deshalb wäre es besser, wenn solche Personen gar nicht Einsitz haben in dieser Kommission.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht. Der Vorsitzende lässt über die Anträge abstimmen:

1. *Für die Vorberatung der Zusatzkreditvorlage für die Sanierung des Trottenweihers sei eine einwohnerrätliche Spezialkommission einzusetzen.*

Dem Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

Die Kommission soll aus 9 oder 7 Mitgliedern bestehen.

Dem Antrag, die Kommission solle aus 7 Mitgliedern bestehen, wird mit 28:1 Stimmen zugestimmt.

2. Die Einwohnerratsfraktionen werden ersucht, ihre Nominationen bis zum 7. Dezember 2007 dem Ratsbüro zuzustellen.

Dem Antrag wird mit 28:0 Stimmen zugestimmt.

FGPK-Mitglieder dürfen in der Spezialkommission nicht Einsitz nehmen.

Der Antrag wird mit 20:7 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt folgenden Ordnungsantrag:

*Soll mit der Sitzung weitergefahren werden, oder wird das Traktandum Umfrage auf die nächste Einwohnerratssitzung vertagt?*

Der Fortsetzung der Sitzung wird mit 22:4 Stimmen zugestimmt.

Art. 87

## **Umfrage**

### Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Marcel Thüler befasst sich, wenn es stark regnet, mit Wasserabflussmengen aus der Wigger und sonstigen Bächen. In Brittnau wird die alte Wigger-Brücke saniert. Man hat eine Schalltafel aufgebaut und entlang von Zäunen Steinquader aufgestellt, damit an diesem Ort das Wasser nicht mehr über die Ufer tritt. Jetzt stellen sich für Herrn Thüler drei Fragen:

1. Wurde geklärt, ob die in Brittnau ergriffenen Massnahmen einen Einfluss auf die direkte Abflussmenge in Zofingen haben?
2. Wurde die Reihenfolge der Umsetzung der vorgesehenen Hochwasserschutzmassnahmen, welche verschiedene Standorte in Zofingen betreffen, bereits geplant?
3. Hat man sich auf Grund der gestiegenen Umwelteinflüsse oder Jahrhunderthochwasser, welche immerhin im Drei-Jahres-Rhythmus eintreffen, eine andere Priorisierung dieser Hochwasserschutzmassnahmen überlegt?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass auf den entsprechenden Karten, die der Kanton erarbeitet hat, die in Brittnau realisierten baulichen Massnahmen selbstverständlich berücksichtigt sind. Man weiss also, wie die Situation nach Inbetriebnahme der Brücke aussieht. Definiert ist auch, wer verantwortlich ist für die Massnahmen bei den einzelnen Gewässern. Für Korrekturen und Massnahmen an der Wigger ist der Kanton federführend. Die nächste Sitzung findet nächste Woche statt. Für Massnahmen an den Seitenbächen ist die Stadt federführend und hat auch die entsprechenden Mittel in den Voranschlag und die Investitionspläne eingestellt. Dort gibt es auch gewisse Rückschlüsse auf die Priorisierung. Der Stadtrat möchte möglichst rasch möglichst viele Massnahmen an den Gewässern realisieren.

Hr. Marcel Thüler hält fest, dass man bis vor kurzer Zeit die hängigen Geschäfte des Einwohnerrates auf der Homepage der Stadt Zofingen nachlesen konnte. Auch nach langer Suche findet man diese heute nicht mehr. Herr Thüler wurde von einem Kollegen angefragt, wie man sich über die hängigen Geschäfte informieren kann und er hat ihn auf die Homepage verwiesen. Der Kollege hat sie nicht gefunden. Dazu folgende Fragen:

1. Weshalb findet man die hängigen Geschäfte nicht mehr auf der Homepage?
2. Hat man vor, diese wieder ins Netz zu stellen und zum Beispiel so vorzugehen wie die Stadt Aarau, welche ein Kurzprotokoll der Stadtratssitzungen veröffentlicht? Will man nicht mehr als nur Medienmitteilungen herausgeben über das politische Arbeiten in Zofingen?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, weiss nicht, weshalb die hängigen Geschäfte des Einwohnerrates nicht mehr auf der Homepage aufgeschaltet sind. Er möchte aber darauf hinweisen, dass der Stadtrat für nächstes Jahr ein Redesign der Homepage vorgesehen hat. Entsprechend den Massnahmen des Öffentlichkeitsprinzips wird der Stadtrat die von Herrn Thüler geäusserten Anliegen selbstverständlich aufnehmen und dafür besorgt sein, dass man pendenten Geschäfte auf der Homepage findet.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hat vor einem halben Jahr angefragt, ob das verrostete Geländer in der Henzmannunterführung neu gemacht werden könnte. Es wurde ihm gesagt, dies sei zu teuer, das Geländer werde nur gestrichen. Nun ist wieder ein halbes Jahr vergangen, und es rostet immer noch vor sich hin. Wann wird dieser Auftrag vergeben?

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, mag sich an das verrostete Geländer in der Unterführung erinnern und auch daran, dass er versprochen hatte, sich dem anzunehmen. Er versucht seine Versprechen soweit möglich umzusetzen. Das Geländer wurde zusammen mit Fachleuten angeschaut, und man kam zu der Überzeugung, dass Schleifen und Streichen alleine nicht ausreicht. Verschiedene Unternehmerofferten wurden eingeholt, und die günstigste wurde gewählt. Der Auftrag wurde vergeben und wird noch dieses Jahr ausgeführt.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hat als gutes Beispiel gesehen, dass bei der Sanierung der Vorderen Hauptgasse alle Baumaschinen „mit Partikelfilter“ angeschrieben sind. Die Stadt hat sich etwas dabei überlegt, als sie diesen Auftrag vergeben hat. Ein negatives Beispiel sind die uralten Postautos, welche die Schüler transportieren. Steht man mit dem Fahrrad dahinter, wenn eines abfährt, muss man eine Schutzmaske anziehen vor lauter Gestank und schwarzen Partikeln. Weshalb werden bei einem solchen Auftrag an Private nicht auch irgendwelche ökologischen Bedingungen eingebaut?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtrat dieses ökologische Kriterium bei der Evaluation oder der Ausschreibung effektiv nicht vorgegeben hat. Für ihn war es wesentlich, dass der Preis stimmt und ein lokales Unternehmen berücksichtigt wird. Aber diese Kriterien können selbstverständlich aufgenommen werden.

Hr. Peter Wullschleger hat an der Einwohnerratssitzung vom September nach den Verwendungsmöglichkeiten von internen Kommissionspapieren für irgendwelche öffentlichen Veranstaltungen gefragt. Die Antwort konnte ihm damals nicht gegeben werden, und er wurde auf die nächste Sitzung vertröstet. Was allerdings passiert ist, ist, dass eine CVP-Veranstaltung abgesagt wurde. Was Herr Wullschleger sehr bedauert hat. Für ihn ist es die letzte Gelegenheit, nochmals nachzufragen, ob er als Parteipräsident in Zukunft Kommissionspapiere verwenden darf. Wie sieht es nächstes Jahr aus in Anbetracht, dass das Öffentlichkeitsprinzip auch für die Stadt Zofingen Gültigkeit hat? Gibt es dann eine grosszügigere Handhabung in dieser Frage?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass es nicht üblich ist, interne Unterlagen bei nicht öffentlich zugänglichen Info-Veranstaltungen verwenden zu können. In diesem speziellen Fall hatte der Stadtrat den Eindruck, es sei noch nicht so weit, um mit diesen Konzepten an die Öffentlichkeit zu gelangen. Das gleiche Problem hat er permanent bei der Kommission, die sich mit der Revision der Bau- und Nutzungsordnung befasst. Auch dort wird der Stadtrat die einzelnen Kommunikationsschritte festlegen. Danach wird es öffentlich und geht auf



die Homepage. In diesem speziellen Punkt fand der Stadtrat, es müsse zuerst die entsprechende Kommission begrüsst werden. Grundsätzlich möchte er, wie im Legislaturprogramm niedergeschrieben, vermehrt mit Info-Veranstaltungen arbeiten. Diese Info-Veranstaltungen sollen aber erst dann angesetzt werden, wenn die entsprechende Kommission einen gewissen Konzeptstand abgesehnet hat.

Das Öffentlichkeitsprinzip hat Stadtrat Hansruedi Gilgen bereits erwähnt. Der Stadtrat ist dabei, mit dem Leiter der Stabsstelle ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Mehr kann Herr Hottiger zu diesem Punkt noch nicht sagen.

Hr. Marc Plüss hat noch zwei gelbe Stimmzettel von der gestrigen Abstimmung. Ein Familienmitglied von ihm hat drei davon erhalten. In einer harten Familienratssitzung haben sie beschlossen, trotzdem nur vier, anstatt sechs Stimmzettel abzugeben. In der Zeitung konnte man bereits lesen, dass es bei den National- und Ständeratswahlen zu Unstimmigkeiten gekommen ist. Scheinbar auch vereinzelt bei dieser Abstimmung. Herr Plüss hat dies bereits dem Stadtschreiber mitgeteilt und hat eine sehr ausführliche Antwort darauf erhalten. Trotzdem möchte er noch Folgendes fragen:

1. Welche Massnahmen wurden mit dem zuständigen „Wendepunkt“ bereits besprochen, damit dies nicht mehr passiert?
2. Welche Alternativen bestehen, falls es doch nochmals eintrifft?

Gemäss Hr. Arthur Senn, Stadtschreiber, werden solche Vorkommnisse selbstverständlich bedauert. Es gibt aber auch den Spruch: Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Der Stadtrat ist aber klar der Meinung, dass es in letzter Zeit zu viele waren und hat dies gegenüber der Stiftung „Wendepunkt“ auch signalisiert und gesagt, die Qualität müsse besser werden. Das Problem, wie die Überprüfung verbessert werden kann, steht momentan ein wenig in der Luft; die Maschine, welche diese Sachen zusammengetragen hat, ist dummerweise verbrannt. Wenn dies aber wiederhergestellt ist, wird der Stadtrat konkret anschauen, wie es sichergestellt werden kann. Der Stadtrat hat seinerzeit, als er den Auftrag dem „Wendepunkt“ vergeben hat, herumgefragt und -geschaut, wer diese Aufgabe übernehmen könnte. In der Region wurde er nur dort fündig. Er wird sich aber nach Alternativen umsehen, wenn er den Eindruck hat, die Qualität werde nicht auf den gewünschten Stand gebracht.

Fr. Susanne Wirz möchte gerne fragen wie es sich genau verhält, wenn das Bauamt Reinigungsarbeiten im Wald vornimmt, wie zum Beispiel bei der Bottensteinerstrasse, und ein Jäger die Arbeiter vertreiben will, weil diese Lärm machen. Ist das möglich?

Für Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, ist die Problematik zwischen Jägern und Bauamt neu. Ihm ist auch nicht bekannt, ob die Jäger irgendwelche Weisungsbefugnisse haben gegenüber dem Werkhofpersonal, wenn es seine Arbeit verrichtet. Die Reinigungsarbeiten werden unabhängig von der Jagdsaison durchgeführt. Dieses Problem wurde Herrn Schaufelberger noch nie zugetragen, er wird es aber bilateral mit Jürg Bachmann, Ressortvorsteher Jagd, vertieft studieren.

Fr. Susanne Wirz wurde von einem Buschauffeur, der die Kinder von Zofingen nach Bottenwil fährt, erzählt, dass die Schüler immer wieder auf den Knopf drücken, damit er anhält. Aussteigen will aber niemand. Er meinte, dass er beim nächsten Mal einfach anhalte und wissen wolle, wer den Knopf gedrückt hat. Er müsse nicht zu Mittag essen gehen, aber die Kinder müssen wieder zur Schule. Kann man dies der Schule nicht mitteilen?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtamman, erklärt, dass die Gesellschaft einen Erziehungsauftrag hat und dieser nicht dem Buschauffeur oder allen Lehrerinnen und Lehrern delegiert werden könne. Alle zusammen sind gefordert. Es ist mühselig und es gibt andere schlimme Beispiele in den Schulen – ohne dass jedoch alles wahr ist, was im Neujahrsblatt geschrieben wurde. Schwierige Situationen bestehen, der Stadtrat ist sich dessen bewusst und probiert innerhalb des Rahmens, den die politischen Behörden abstecken, Gegenschub zu geben. Aber schlussendlich fehlt in dieser Beziehung der Einfluss sehr vieler Eltern.

Art. 88**Verabschiedungen und Ehrungen**

Der Vorsitzende verabschiedet folgende vier Mitglieder des Einwohnerrates:

**Elisabeth Gisler (SP)**

Sie ist im Jahr 2002 in den Einwohnerrat eingetreten und wurde bereits zu dieser Zeit als Stimmzählerin in das Wahlbüro abdelegiert. Sie hat ihre Arbeit zur besten Zufriedenheit erledigt. Seit dem 17. Februar 2005 ist sie Mitglied der Planungskommission des Stadtsaals. Zudem war sie Ersatzabgeordnete der beiden Gemeindeverbände ERZO ARA und ERZO KVA. Elisabeth Gisler bleibt dem Wahlbüro als Stimmzählerin erhalten. Dafür dankt ihr der Ratspräsident ganz herzlich.

**Jolanda Henzmann (FDP)**

Sie war eine der ersten Mühlethalerinnen, die am 01.01. 2002 in den Einwohnerrat Zofingen eingetreten sind. 2004 und 2005 war sie Abgeordnete des Gemeindeverbandes Berufsberatung Zofingen. Vor allem war sie aber im Büro des Einwohnerrates Stimmzählerin und von Amtes wegen Mitglied des Ratsbüros. An diesen Sitzungen war sie immer mit wachem Geiste und in positivem Sinne anwesend und hat wesentlich zur Entscheidungsfindung beigetragen.

**Hans Peter Iseli (FDP)**

Er hat sich 1997 bis 2003 im Gemeindeführungstab profiliert und ist auf den 01.01. 2004 in den Einwohnerrat gewählt worden. Vom 15. 03. 2004 bis 31.12. 2004 war er Mitglied der Finanzkommission. Der Ratspräsident kennt Hans Peter Iseli seit seiner Zeit als Juniorentrainer als jemanden, der keine Halbheiten kennt. So wird er sich in Zukunft voll für seinen Beruf und seinem damit verbundenen Amt als Schulleiter einsetzen. Der Vorsitzende dankt ihm ganz herzlich für die Mitarbeit im Rat während dieser Zeit.

**Peter Wullschleger (SP)**

Etwas über Peter Wullschleger zu erzählen ist etwa so, als würde man Rothüsler in die Wigger tragen. Er ist am 01.01. 1998 in den Einwohnerrat eingetreten, hat also zehn Jahre im Rat mitgearbeitet. Von Januar 1998 bis Dezember 2005 war er Mitglied der Natur- und Landschaftskommission und von 1999 bis 2005 Abgeordneter des Gemeindeverbandes ERZO KVA. Weiterhin arbeitet er als Abgeordneter des Gemeindeverbandes ERZO ARA. Er war 1998 bis 2001 Mitglied der GPK und ab 01.01. 2006 Mitglied der FGPK. Was wäre die SP ohne Peter Wullschleger? Bruno Hostettler traut sich nicht daran zu denken. Er möchte ihm aus tiefstem Herzen dafür danken, dass er in diesen zehn Jahren sein Bestes gegeben hat für den Einwohnerrat und die Stadt Zofingen.

Der Vorsitzende bittet alle austretenden Mitglieder des Einwohnerrates auf die Bühne zur Überreichung des verdienten Abschiedsgeschenkes und erbittet um Applaus für die vier verdienten Zurücktretenden.

Der Vizepräsidentin des Rates fällt die schöne, aber nicht gerade fröhliche Aufgabe zu, den ausscheidenden Ratspräsidenten Bruno Hostettler zu verabschieden.

Sie musste sich ein wenig umhören wegen der Vergangenheit von Bruno Hostettler. Dabei ist das Stichwort „Kreisläufer“ gefallen. Käthi Hagmann wusste nicht, was das ist, und der Einwohnerrat weiss es bestimmt auch nicht, ausser jenen vielleicht, die dem Sport oder insbesondere dem Handball näher stehen. Frau Hagmann hat sich informiert, und sehr schnell wurde ihr einiges klar. Der Kreisläufer ist im Handball derjenige, der im Halbkreis vor dem Tor steht und Löcher reisst, damit andere Tore schießen können. Diese Position ver helfe scheinbar nicht, zum Star der Mannschaft zu werden, aber sie benötige Durchsetzungsvermögen, Schlaueheit, Intelligenz und Eigenwilligkeit.

Bruno Hostettler, oder „Hosti“, wie ihn alle kennen, wurde 1998 für die SP in den Einwohnerrat gewählt und wurde gleichzeitig Vizepräsident der GPK. Nach zwei Jahren Vizepräsidium wurde er 2006 zum Präsidenten des Einwohnerrates gewählt.

Käthi Hagmann hat Bruno Hostettler als zurückhaltenden Menschen kennen gelernt. Sie konnte ihn eigentlich gar nicht, bevor sie das Amt als Vizepräsidentin übernahm. Nach zwei Jahren Zusammenarbeit ist sie aber froh, ihm begegnet zu sein. Bruno Hostettler ist ein echter Teamplayer. Genau wie im Handball hat er auch im Rat immer wieder Gradlinigkeit, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, aber auch Schlauheit und Humor bewiesen. Bruno Hostettler hat sich immer äusserst sorgfältig auf jede Sitzung vorbereitet und hat so dafür gesorgt, dass während zweier Jahre weder Unklarheiten noch Pannen widerfahren sind. Das meint Frau Hagmann mit Zuverlässigkeit. Vielleicht mag sich der Einwohnerrat an seine erste Sitzung als Präsident erinnern, als er in stoischer Ruhe den Stichtentscheid zur Frage der Rosengartensanierung gegeben hat. Er wusste zwar im Voraus, dass es auf ihn zukommen könnte, hat aber keinen Moment gezögert, Flagge zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen. Das meint sie mit Gradlinigkeit. Bruno Hostettler hat das Ratsbüro und die Vizepräsidentin immer mit seinen Informationen versorgt und alle auf dem Laufenden gehalten. Das meint sie mit Teamplayer.

In seiner Art, Vorlagen durchzugehen, ist immer wieder seine Freude an der Sprache durchgeblitzt. Dies scheint bei der Familie Hostettler in den Genen zu liegen. Immer wieder hat er versucht, den trockenen amtsdeutschen Vorlagen des Stadtrates sprachliche Würze zu geben, was ihm auch gelang. Nur an wenigen Anlässen durfte Käthi Hagmann zusammen mit Bruno Hostettler teilnehmen. Dabei hat sie ihn als äusserst unterhaltsamen und charmanten Tischherrn kennen gelernt.

Dieselben charakterlichen Eigenschaften, welche ihn in jungen Jahren zu einem wertvollen Mannschaftsspieler gemacht haben, haben ihm verholfen, heute zu einem glaubwürdigen Politiker und umsichtigen Präsidenten zu werden. Bruno Hostettler gibt heute sein Präsidium ab und verlässt den Einwohnerrat. Käthi Hagmann bedauert es sehr, eine solche integre Persönlichkeit verabschieden zu müssen. Bruno Hostettler hat diesem Rat Gutes getan. Käthi Hagmann hofft, dass er sich auch weiterhin häufig in die Zofinger Politik einmischt und wünscht ihm und seiner Familie für die Zukunft nur das Beste.

Der Vorsitzende dankt Käthi Hagmann für die freundlichen Worte. Er weiss nicht, ob es so perfekte Männer gibt. Aber wenn man ihn fragen würde, ob er dieses Amt wieder annehmen würde, würde er mit Ja antworten. Dafür gibt es mehrere Gründe; zum Beispiel der Einwohnerrat, der ihm die Arbeit beinahe immer leicht gemacht hat und ihn viel Wertschätzung hat spüren lassen. Danken möchte er auch Thomas Gloor, der ihn anfänglich sehr unterstützt hat, und Arthur Senn, der ihm äusserst viel geholfen hat. Ihre Sachkompetenz ist so gross, dass wirklich alle Einwohnerratspräsidenten davon profitieren können. Danken möchte er auch dem Stadtrat für die gute Kommunikation und Zusammenarbeit. Dasselbe gilt für den Stadtweibel Tom Eichenberger und die gesamte Stadtsaalcrew unter der Leitung von Walter Jöri. Sein Dank gilt auch den Medien, insbesondere Kurt Blum und Andreas Stüdeli, welche den Einwohnerrat eigentlich immer sehr wohlwollend begleitet haben. Auch den treuen Zuhörern auf der Tribüne, welche zwar nicht sehr zahlreich sind, aber durch ihre Anwesenheit die Arbeit des Einwohnerrates würdigen, möchte er danken. Damit ist sein Auftrag erledigt, und er übergibt die Glocke seiner Nachfolgerin.

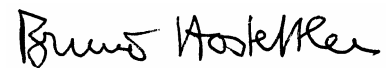
Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 17. März 2008 um 17.30 Uhr im Stadtsaal statt.

Im Anschluss an diese Einwohnerratssitzung laden die neue Einwohnerratspräsidentin Käthi Hagmann und der Stadtrat die Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates, die anwesenden Kaderleute der Verwaltung sowie die Medienvertreter herzlich zu einem verstärkten Apéro ein.

Schluss der Sitzung: 21.13 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT



*Bruno Hostettler*

DER PROTOKOLLFÜHRER



*Arthur Senn*

**Anhang**

- PowerPoint-Präsentation Verkehrskonzept Trinerplatten